

Protokoll Einwohnerrat Wohlen

20. Sitzung vom 12. Oktober 2020 von 18:00 bis 22:45 Uhr im Casino Wohlen

Vorsitz Meinrad Meyer, Präsident
Protokollführung Michelle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz
Einwohnerrat 18.00 – 18.40 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrats: 37
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 25

Einwohnerrat 18.40 – 22.45 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrats: 38
Absolutes Mehr: 20
Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat

Arsène Perroud, Gemeindeammann
Roland Vogt, Vizeammann
Paul Huwiler, Gemeinderat
Thomas Burkard, Gemeinderat
Ariane Gregor, Gemeinderätin

Weitere Anwesende

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Sabrina Siegrist, Gemeindeschreiber-Stv. II
Jessica Wüest, Kanzlei
Stefan Leuenberger, Bereichsleiter Planung, Bau & Umwelt
Marcel Christen, Bereichsleiter Sicherheit
Thomas Laube, Bereichsleiter Finanzen & Ressourcen
Flurin Burkard, Bereichsleiter Gesellschaft, Soziales & Bildung
Magnus Hoffmann, Leiter Soziale Dienste
Roland Frick, Finanzverwalter
René Bossert, Stabsdienste Informatik
Matthias Schatzmann, Polizeichef-Stv.
Marco Veil, Chef Regionalpolizei
Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege

Rolf Stadler, Präsident Schulleiterkonferenz
Gerold Brunner, Leiter Betriebsamt
Christoph Meyer, Leiter Tiefbau & Verkehr
Maïke Sittel, Leiterin Tiefbau & Verkehr
René Aletz, Leiter Facility Management

Entschuldigungen

Mika Heinsalo, FDP/Dorfteil Anglikon
Julia Frischknecht, GLP/EVP
Dieter Stäger, FDP/Dorfteil Anglikon, **anwesend ab 18.40 Uhr**

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Dringliche Motion 14097 von Stefanie Dietrich-Meyer, Michelle Gregor, Sonja Isler-Rüttimann, und Harry Lütolf, alle CVP, vom 21. September 2020 betr. Soforthilfe für den raschen Wiederaufbau des Flüchtlingslagers Moria in Griechenland
3. Dringliches Postulat 14098 Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos Griechenland)
4. Kenntnisnahme Finanzplan 2021 – 2030 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (14091)
5. Budget 2021 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (14090)

Meyer Meinrad, Präsident:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 31. August 2020 zu verzeichnen:

- Budget 2021 der Einwohnergemeinde Wohlen (14090)
- Finanzplan 2021-2030 der Einwohnergemeinde Wohlen (14091)
- Stellungnahme der FGPK zum Budget 2021
- Postulat 14092 betreffend neues kulturelles Gemeinschaftszentrum Chappelhof
- Anfrage 14093 betreffend Grundwasserfassung Eichholz
- Anfrage 14094 betreffend Bibliothek im neuen kulturellen Begegnungszentrum Chappelhof
- Bericht und Antrag 14095 Revision Satzungen Abwasserverband Region Wohlen (ehemals Abwasserverband Wohlen-Villmergen-Waltenschwil)
- Bericht und Antrag 14096 Eigentümerstrategie Sportpark Bünzmatt AG – Kenntnisnahme
- Dringliche Motion 14097 betreffend Soforthilfe für den raschen Wiederaufbau des Flüchtlingslager Moria in Griechenland
- Dringliches Postulat 14098 betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos Griechenland)
- Einladung zur 20. Einwohnerratssitzung vom 12./13. Oktober 2020
- Rücktrittsschreiben von Alex Stirnemann

Verabschiedung Alex Stirnemann

Meyer Meinrad, Präsident: verliest das Rücktrittsschreiben von Alex Stirnemann, SP, und bedankt sich bei ihm für das Engagement im Einwohnerrat sowie in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission.

Dringliche Motion 14097 von Stefanie Dietrich-Meyer, Michelle Gregor, Sonja Isler-Rüttimann und Harry Lütolf, alle CVP, vom 21. September 2020 betreffend Soforthilfe für den raschen Wiederaufbau des Flüchtlingslagers Moria in Griechenland

Isler-Rüttimann Sonja, CVP: Als ich gestern Abend die Argumente für eine Dringlichkeit dieser Motion zusammenstellte, regnete es draussen. Es war sehr ungemütlich, den Kompost ins Freie zu bringen. Ich habe daraufhin die Klimatabelle auf Lesbos studiert und kann zitieren:

„Im November bedeckt sich der blaue Himmel. November bis Februar sind die feuchtesten Monate und es kann überraschend kalt werden.“

Für Moria wurde das Ausweichlager bei Kara Tepe errichtet. In den letzten Tagen haben heftige Regenfälle viele der neu errichteten Zelte unter Wasser gesetzt. Und das noch vor den eigentlichen Regenmonaten auf den Inseln. Das Ersatzlager entspricht nicht einmal den minimalsten hygienischen Standards und bietet kaum Schutz. Gemäss UN-Angaben sind etwa 7'800 Menschen in diesem Lager. Das UN-Flüchtlingshilfswerk mahnt zur Eile. Die Bedingungen würden im Winter noch schlimmer. Es gibt nach wie vor grosse Mängel. Helfer verteilten Hilfsgüter. Besser kann man eine Dringlichkeit fast nicht auf den Punkt bringen – denn wir haben jetzt Oktober – der November und somit auch der Winter steht vor der Türe. Selbstverständlich gehört unser Anliegen nicht auf Gemeindeebene – das wissen wir auch. Aber es ist dringend und wir müssen handeln. Die humanitäre Situation verlangt das.

Wir bitten Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen, damit nicht noch mehr wertvolle Zeit für die Menschen verstreicht. Bedenken Sie auch bei ihrer Entscheidung, dass Sie mit der Dringlichkeit das Geschäft heute Abend behandeln und vom Tisch haben können. Andernfalls kommen wir schon sehr bald wieder darauf zurück. Wir müssen uns so oder so mit der Motion auseinandersetzen. Machen wir es besser heute, denn es ist dringend. Ich danke Ihnen allen für Ihr Mitgefühl für diese Menschen und Ihre Unterstützung des Dringlichkeitsantrages.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich spreche primär zur Dringlichkeit, muss jedoch auch zwei drei Sachen zum restlichen Thema sagen. Die Bundesverfassung, Art. 54/2, verpflichtet den Bund zur Entwicklungszusammenarbeit und zur humanitären Hilfe:

„Der Bund [...] trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.“

Die Umsetzung dieser verfassungsrechtlichen Aufgabe ist Aufgabe des Bundes. Im Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe ist dies definiert. Diesem ist auch die Art der Finanzierung zu entnehmen. Den Grossteil der öffentlichen Mittel setzen die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit und das Staatssekretariat für Wirtschaft zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ein. Die Kantone (zweite Staatsebene) und Gemeinden tragen keine gesetzlichen Aufgaben in diesem Bereich. Der Kanton Aargau verfügt jedoch im Rahmen der Spezialfinanzierung Swisslos-Fonds über Mittel zur Unterstützung von Projekten im Bereich Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe. Entsprechende Gelder werden vom Regierungsrat nach den Bestimmungen der Swisslos-Fonds-Verordnung vergeben. Die Aargauer Gemeinden sind nicht mit Aufgaben im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe im Ausland betraut. Dennoch steht es einer Gemeinde frei, unter Einhaltung der gesetzlichen Weisungen und Grundlagen Geld für humanitäre Leistungen zu sprechen.

Der Gemeinderat sieht die Anliegen der Motionäre grundsätzlich. Er erachtet es allerdings als sinnvoll, die finanziellen Mittel nicht mittels Nachtragskredit, sondern allenfalls ordentlich im Budget 2021 bereitzustellen. Anlässlich der Behandlung des Budgets 2021 besteht heute Abend die Möglichkeit, so einen entsprechenden Betrag einzubringen.

Dementsprechend nimmt der Gemeinderat die Haltung ein, wonach die dringliche Motion 14097 nicht entgegen genommen wird. Er empfiehlt dem Einwohnerrat die Nichtüberweisung. Damit jedoch das Ziel der Motionäre erreicht werden könnte, sollte sich eine Mehrheit im Einwohnerrat mit diesem inhaltlich einverstanden erklären, ist die Dringlichkeit als gegeben zu erachten. Wir möchten, dass das heute Abend behandelt wird. Somit hätten wir Klarheit, was der Wille des Einwohnerrates ist. Bitte stimmen Sie der Dringlichkeit zu und überweisen Sie dann die Motion nicht. Wenn der Einwohnerrat trotzdem die Idee hat, einen Beitrag zu sprechen, dann könnte man dies allenfalls in der Budgetberatung einbringen.

Abstimmung über die Dringlichkeit

Der Einwohnerrat stimmt der Dringlichkeit mit 34 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Isler-Rüttimann Sonja, CVP: Auch wenn die Zustände in den Flüchtlingslagern nicht mehr so präsent in den Medien sind, ist die Situation nach wie vor sehr schwierig. Die Menschen wurden ins Ersatzlager nach Kara Tepe gebracht. Die Zelte sind bereits wieder überfüllt. Sie kamen buchstäblich vom Regen in die Traufe. Die heftigen Regenfälle der letzten Tage haben über tausend Zelte überschwemmt und einige gar zerstört. Die Böden sind matschig und Hygienestandards sind kaum vorhanden. Die Esspakete reichen nicht aus. Die Menschen waschen sich ohne Privatsphäre im Meer. Das ist vor allem für die Frauen dort ein grosses Problem. Die Bilder von Moria und die aktuellen Bilder von Kara Tepe machen uns betroffen. Das Leiden ist gross. Wir stehen alle in der Verantwortung, Hilfe zu leisten – abgesehen von Zuständigkeiten. Es geht darum ein Zeichen zu setzen. Eine Botschaft zu senden, dass wir trotz unserem Wohlstand die Schwächeren nicht vergessen. Wohlen hat in der Vergangenheit Hilfe geleistet: Gelder nach Pakistan, Italien, Haiti oder auf die Philippinen geschickt. Zeigen wir auch hier Menschlichkeit und Solidarität und unterstützen wir die Menschen vor Ort. Der grösste Teil der Betroffenen trifft ohnehin kein Verschulden an der aktuellen Lage. Der Winter steht vor der Türe und die Regenfälle werden zunehmen. Zudem wird die Kälte kommen. Wir bitten Sie, unser Anliegen zu unterstützen. Die Menschen dort werden uns dafür sicher dankbar sein.

Fraktionsmeinungen

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Aktuell sind 145 Mio. Menschen von akutem Hunger betroffen. Sie haben so stark Hunger, dass sie sterben würden, wenn wir nicht helfen würden. Es gibt Krieg in dieser Welt wie in Syrien, Libyen. In Urmia werden Ronja verfolgt. Es gibt überall menschliches Leid auf dieser Welt. Unsere Fraktion erachtet es nicht als Aufgabe der Gemeinde Wohlen CHF 50'000 zu spenden. Wir haben es gehört, es ist eine Bundesaufgabe. Viele Länder arbeiten zusammen, um das menschliche Leid, welches dort herrscht, mildern zu können. Aber es kann nicht sein, dass wir jetzt einfach die Gemeindekasse öffnen und das Geld der Allgemeinheit hier dafür einsetzen. Mir hätte es imponiert, wenn die CVP aus ihrer Parteikasse etwas gespendet oder beispielsweise eine Kollekte aufgestellt hätte. Es gibt ganz viele Hilfswerke, die man angehen kann, welche für Private offen stehen. Aber, dass man jetzt einfach auf die Gemeindekasse zugreift, können wir nicht befürworten. Wir haben sogar das Gefühl, dass es einen faden Beigeschmack hat und, dass die aktuellen Grossratswahlen im Hintergrund stehen. Wir denken, dass hier einfach Wahlpropaganda betrieben wird. Das geht so natürlich nicht. Dementsprechend bitten wir Sie, diesen Vorstoss abzulehnen und diese Motion nicht zu überweisen. Besten Dank.

Christen Peter, SVP: Ich darf mich einer Vielzahl von Aussagen meines Vorsprechers anschliessen. Angenommen wir sprechen diese CHF 50'000, stellen sich mir folgende Fragen: Wer profitiert schlussendlich davon? Wer bekommt das Geld? Wie viel Geld kommt an?

Ich habe eine kleine Hochrechnung gemacht. Wir haben in Wohlen 16'800 Einwohner und wir möchten einen Kredit von CHF 50'000 sprechen. Zürich hat 433'000 Menschen, was CHF 1.29 Mio. entsprechen würde. Man kann das Spiel weiter betreiben. Der Kanton Aargau hat 689'000 Einwohner, weshalb wir dann eigentlich CHF 2.05 Mio. spenden müssten, sofern wir dies linear weiterführen würden. Die Schweiz hat 8.5 Mio. Einwohner, was ca. CHF 25 Mio. wären. Es handelt sich hier um gerundete Zahlen. Italien hat 60 Mio. Einwohner, was eine Spende von CHF 179 Mio. wäre. Das kann man bis auf Europa hinauf rechnen. Europa hat etwa 746 Mio. Einwohner. Dann müssten wir als Europäer, sofern wir das alle gleich angehen möchten, eine Summe von geschätzten CHF 2.2 Mrd. sprechen. Sie sehen schon hier heraus, dass das in

keinem Verhältnis steht und der Nutzen kaum ankommen wird. Ich habe nicht nur hintergründig das Gefühl, dass hier Wahlkampfpropaganda gemacht wird, sondern vordergründig.

Sax Simon, GLP/EVP: Es handelt sich dabei um ein emotionales Thema. Helfen, wenn es anderen Menschen schlecht geht. Ich möchte an dieser Stelle festhalten, dass wir in unserer Fraktion klar hinter der humanitären Tradition der Schweiz stehen und auch die Bemühungen des Bundes in diesem Bereich ohne Vorbehalt unterstützen. Wir finden es auch wichtig, dass das professionell gemacht wird. Und zwar nicht nur an irgendeinem Punkt irgendwo auf der Welt, sondern auf der ganzen Welt wo Leid stattfindet. Man könnte so viele verschiedene Brennpunkte auf der Welt aufzählen. Man könnte bei den Kindern beginnen. Es gibt Statistiken der UNICEF, bei welcher ersichtlich ist, dass alle zehn Sekunden ein Kind an Hunger stirbt. Und das findet leider nicht nur in Griechenland oder in diesem Flüchtlingslager statt. Wir finden es sehr sympathisch und einen guten Zug, dass man helfen möchte. Aber bei aller Sympathie für diese vorliegende Motion, erachten wir es nicht als Aufgabe der Gemeinde, die Gemeindekasse damit zu belasten. Alle hier im Saal haben die Möglichkeit private Spenden zu machen. Sei es für das Flüchtlingslager oder andere Brennpunkte in der Welt, welche mindestens ebenso tragisch sind. Wir unterstützen den Bund gedanklich in diesen Bemühungen und erachten es als gut, dass das zentral von einer Stelle mit möglichst grosser Wirkung vor Ort gemacht wird. In diesem Sinne unterstützen wir diese Motion nicht.

Einzelvoten

Lütolf Harry, CVP: Zusammenfassend möchte ich feststellen, was gesagt wurde. Einerseits wurde erwähnt, dass die CVP einen billigen Trick anwendet und Wahlkampf betreibt durch das Elend, welches gerade in Moria stattfindet. Das ist natürlich völliger Blödsinn. Wenn ein Parlament während Monaten vor dem Wahlkampf nicht mehr aktiv sein sollte, kann man das so machen. Aber diese Ereignisse sind jetzt eingetroffen und wir haben diese nicht provoziert. Wir haben dort unten keinen Brandstifter für die CVP im Einsatz gehabt. Dann muss man sich nur noch fragen, macht man etwas oder macht man nichts. Und wir möchten etwas machen, weshalb wir Ihnen das für diese Gemeinde vorschlagen.

Weiter wurde gesagt, dass die CVP ihre private Schatulle aufmachen soll. Das können wir machen oder machen wir vielleicht auch. Ich sage Ihnen, das eine tun und das andere nicht lassen. Es ist beides möglich und nicht nur ein entweder oder. Es kommt dazu, dass dies kein neuer Vorgang in unserer Gemeinde ist. Es wurde bereits von unserer Vorsprecherin gesagt. Es wurden schon mehrmals Spendengelder gesprochen. Man hat verschiedene Tragödien, welche auf der Welt passiert sind, punktuell unterstützt. Es ist immer ein punktuelles Vorgehen, denn uns ist auch klar, dass wir mit Geld nicht die ganze Welt glücklich machen können. Aber dort wo es notwendig ist, kann man und soll man es machen, denn es wurde dort in der Gemeinde Wohlen auch schon gemacht. Es ist somit kein Präzedenzfall den wir schaffen würden, sofern das gutgeheissen wird, was wir Ihnen beliebt machen.

Ich würde mal den Fraktionssprecher der FDP und insbesondere der SVP sowie den ganzen beiden Fraktionen unterstellen, dass sie sehr froh sind, dass die Menschen aus Moria nicht den Weg hierher antreten. Dass kein Exodus von dort aus stattfindet und wir am Schluss alle Flüchtlinge hier in der Schweiz haben. Die Krise in Moria unterscheidet sich zu allen anderen, welche hier vor allem vom Fraktionssprecher der FDP genannt wurden. Die Menschen stehen vor der Schwelle zu Europa. Wenn die Menschen, aufgrund der Kälte und der misslichen Lage, von dort weggehen, dann gehen sie wohl kaum dorthin, wo sie hergekommen sind, denn sie hatten einen Grund wegzugehen. Wohin werden sie wohl gehen? Sie kommen hier hin zu uns. Und wenn eine unkontrollierte Abwanderung von Moria stattfindet, dann wird dies uns belasten. Das hilft dann vielleicht wieder der SVP mit ihrer Propaganda Masseneinwanderung. Aber es hilft uns wie auch diesen Menschen nicht. Wenn wir jetzt Geld für dort sprechen, dann kann etwas gemacht werden. Es ist natürlich auch nicht die Idee, dass ein Gemeinderat nach Moria reist und einen Koffer mit CHF 50'000 vorbei bringt, sondern dass es sinnvoll eingesetzt wird. Es gibt beispielsweise die Katastrophenhilfe der Schweizer Armee. Diese brauchen auch Geld, denn sie arbeiten nicht gratis. Sie waren bereits im Einsatz, aber in Moria herrscht noch lange nicht die richtige Situation, um die Menschen ausreichend versorgen zu können. Die Menschen müssen bis zur Abarbeitung ihrer Asylgesuche dort bleiben können. Griechenland muss diese Situation derzeit ganz allein bewältigen. Dies machen sie für ganz Europa – auch für uns. Für die Schweiz, für den Kanton Aargau und auch für die Gemeinde Wohlen. Das Geld kann sinnvoll eingesetzt werden. Wir schreiben dem Gemeinderat auch nicht vor, wie er das konkret umsetzen muss. Dass das Geld nicht vor Ort jemanden in die Hand gedrückt werden muss, ist ja wohl klar. So naiv sind wir nicht und der Gemeinderat sicherlich auch nicht. Es ist somit in unserem ureigenen Interesse, dass Geld heute zu sprechen. Die Not ist ausgewiesen und wir haben es in der Hand zu helfen. Andere helfen auch. Ich kann Ihnen sagen, es braucht in Moria viel Geld, sehr viel Geld, damit diese Menschen über den Winter kommen. Ich bitte Sie, auch im Interesse von Wohlen, den Betrag zu sprechen.

Läufer Marc, SVP: Ich bin mir sicher, dass jeder in diesem Rat helfen möchte. Wenn die Gemeinde Wohlen dies in den vergangenen Jahren gemacht hat, dann ist das passiert. Damals waren die Gemeindekassen noch etwas voller als heute. Wenn man etwas machen möchte, dann schlage ich vor, dass sich jeder im Saal meldet und wir zusammen Spendensammeln gehen. Den erhaltenen Betrag können wir dann mit unserem eigenen Taschengeld noch aufstocken und dann kann alles gespendet werden. Aber aus der Gemeindekasse einfach etwas verteilen zu wollen ohne A das Geld zu haben und B nicht zu wissen wohin, erachte ich als falsch.

Geissmann Thomas, FDP: Harry Lütolf möchte hier Weltpolitik betreiben und wir als Gemeinde Wohlen müssen unsere Beitrag daran leisten. Damit habe ich doch meine Mühe. Wir betreiben hier in Wohlen keine Flüchtlingspolitik. Mir kommt bei dieser Gelegenheit der französische Philosoph Voltaire in den Sinn, welcher einmal gesagt hat: „*Il faut cultiver notre jardin.*“ Dies bedeutet, dass wir nicht in die Welt hinaus müssen, sondern bei uns schauen sollen. Wir müssen um die Weiterentwicklung unserer Gemeinde besorgt sein und ganz sicher nicht Weltpolitik betreiben.

Abstimmung

Die Motion 14097 der CVP Fraktion betreffend Soforthilfe für den raschen Wiederaufbau des Flüchtlingslagers Moria in Griechenland

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 20 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgewiesen.

Dringliches Postulat 14098 von der Fraktion Grüne und Fraktion SP betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos Griechenland)

Keller Anna, Grüne: Die Dringlichkeit ergibt sich eigentlich aus dem Inhalt des Postulates. Die Menschen dort haben jetzt keine winterfeste Behausung, kaum Toiletten und andere sanitäre Anlagen. Sie sind schon lange am Verzweifeln und das wird immer stärker. Sie haben keine Verbrechen begangen, sind Menschen wie wir. Aber ohne ihr Zuhause, ohne Verdienst, ohne alles, wegen einem scheusslichen Krieg. Wir möchten mit unserem Dringlichen Postulat jetzt ein Zeichen der Menschlichkeit setzen, gegen die Gleichgültigkeit in Europa. Es wäre einfacher, die Augen zu schliessen, nicht hinzusehen. Aber das ist feige! Unmenschlich!

Huwiler Paul, Gemeinderat: Die Asylpolitik ist Sache des Bundes. Die Schweiz nimmt an der Zusammenarbeit europäischer Staaten im Bereich Asyl teil, welche insbesondere die Steuerung von Migrationsbewegungen in Europa zum Ziel hat. Die Schweiz hat ein weitgehendes Mitspracherecht bei der Weiterentwicklung dieser Zusammenarbeit. Insbesondere regeln die einschlägigen Verträge klare Zuständigkeiten zur Behandlung von Asylgesuchen. Der Bundesrat kann darüber hinaus über die direkte Aufnahme im Rahmen eines Kontingents entscheiden. Auch in den letzten Jahren beschloss der Bund die direkte Aufnahme besonders schutzbedürftiger Personen im Rahmen von Resettlement-Programmen. Dabei handelte es sich um Opfer des Syrienkonflikts, die bereits vom UNHCR als Flüchtlinge anerkannt worden waren.

Im Jahr 2019 verabschiedete der Bundesrat das Umsetzungskonzept Resettlement. Dieses hatten Fachpersonen des Bundes, der Kantone, von Gemeinden und Städten, sowie von weiteren Organisationen gemeinsam erarbeitet. Das Konzept sieht eine Verstärkung der Schweizer Resettlement-Politik vor, mit dem Ziel einer besseren Planbarkeit bei der Unterbringung und längerfristigen Betreuung der Flüchtlinge durch die Kantone und Gemeinden. So soll der Bundesrat in Zukunft alle zwei Jahre über das genaue Aufnahmekontingent innerhalb einer Bandbreite von 1'500 bis 2'000 Personen entscheiden.

Für die Jahre 2020/2021 beschloss der Bundesrat die Aufnahme von je bis zu 800 besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen. Mindestens 80% des Kontingents sind für Personengruppen aus den Krisenregionen des Nahen Ostens und entlang der Migrationsroute über das zentrale Mittelmeer vorgesehen, und die restlichen maximal 20% für kurzfristige humanitäre Notsituationen. Nur die spezialisierten Bundesbehörden des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten EDA verfügen über die notwendige Befähigung, die Situation vollumfänglich zu beurteilen und mit einem mit dem Staatssekretariat für Migration SEM koordinierten Vorgehen den humanitären Verpflichtungen der Schweiz gerecht zu werden.

Der Gemeinderat Wohlen ist überzeugt, dass die Verantwortlichen ihre Aufgabe verantwortungsbewusst wahrnehmen und ist selbstredend bereit, einen allfälligen Entscheid des Bundes zu direkten Aufnahmen von Geflüchteten aus Moria mitzutragen und die der Gemeinde Wohlen zugewiesenen Menschen aufzunehmen. Dementsprechend nimmt der Gemeinderat die Haltung ein, wonach das dringliche Postulat 14098 nicht entgegen genommen und dem Einwohnerrat nicht zur Überweisung empfohlen wird. Damit jedoch das Ziel des Antrags der Postulanten erreicht werden könnte, sollte sich eine Mehrheit im Einwohnerrat mit diesem inhaltlich einverstanden erklären, ist die Dringlichkeit als gegeben zu erachten.

Einzelvoten

Dörig Werner, FDP: Im Geschäftsreglement des Einwohnerrates, unter §38 Abs. 2, heisst es, dass das Postulat in den Zuständigkeitsbericht des Gemeinderates, des Einwohnerrates oder der Gesamtheit der Stimmberechtigten fallen muss. Das ist vorliegend jedoch nicht der Fall. §39 Abs. 2 besagt, dass das Ratsbüro die formelle Prüfung von den eingereichten Postulaten vornimmt. Erfüllt der Vorstoss die rechtliche Anforderung nicht, dann ist dies dem Postulanten schriftlich mitzuteilen. Das ist vorliegend ebenfalls nicht der Fall gewesen, was bedeutet, dass wir Zeuge von einem illegalen Akt werden, wenn wir das Postulat im Einwohnerrat behandeln.

Stirnemann Alex, SP: Ich würde Werner Dörig Recht geben, dass es ein illegaler Akt darstellen würde, wenn der Wortlaut des Postulats lauten würde, dass der Gemeinderat morgen den Ortsbus nehmen und direkt nach Moria fahren soll um zwölf Flüchtlinge in die Schweiz zu bringen. Das Postulat geht jedoch darum. Es geht darum, dass man damit den Rücken des Kantons und des Bundes stärkt. Meiner Meinung nach ist es nicht illegal dieses Zeichen setzen zu wollen.

Abstimmung über die Dringlichkeit

Der Einwohnerrat stimmt der Dringlichkeit mit 36 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Keller Anna, Grüne: Wir können nur ein paar wenigen Personen Unterstützung bieten, aber tun wir das. Wenn das jede Gemeinde leistet, so werden viele profitieren können und es ist tragbar. Wir können jetzt einen Anfang setzen indem wir uns bereit erklären zwölf geflüchtete Menschen aus Moria aufzunehmen, ihnen eine neue Lebensperspektive zu geben. Warum zwölf? Das Netzwerk Asyl Aargau schlägt vor, dass pro 1'356 Einwohner eine Gemeinde ein Mensch aufnimmt. Das sind für Wohlen zwölf Personen. Lenzburg hat im dortigen Einwohnerrat bereits ein gleichlautendes Postulat zur Aufnahme von acht geflüchteten Menschen entgegengenommen. Unser Postulat geht in die gleiche Richtung wie die dringliche Motion der CVP. Wir können uns auch ein sowohl als auch vorstellen. Wichtig ist uns, dass ein Zeichen gesetzt wird, dass Bewegung in die unhaltbare Situation kommt und es Verbesserungen für die vielen betroffenen Menschen gibt. Stellen wir uns vor, wir wären samt unseren Kindern in einer so ausweglosen Situation und niemand interessiert sich dafür. Was würden wir tun? Was würden wir uns wünschen?

Huwiler Paul, Gemeinderat: Vielleicht habe ich es vorhin zu wenig deutlich ausgeführt. Selbstverständlich führt die Gemeinde Wohlen den gesetzlichen Auftrag aus. Wenn seitens des Kantons oder des Bundes der Gemeinde Wohlen Flüchtlinge zugewiesen werden, nehmen wir diese auf und beherbergen sie. Der Kanton Aargau erhält – entsprechend seiner Bevölkerungszahl – 7.9% der Asylsuchenden zugewiesen. Diese werden teilweise an die Gemeinden weiterzugewiesen. Wir haben heute bereits Personen mit diesem Status in unserer Gemeinde. Wir übertreffen derzeit sogar das Kontingent der Personenanzahl, welche wir aufnehmen müssen. Wir werden auch in Zukunft alle gesetzlich zugewiesenen Flüchtlinge bei uns aufnehmen.

Einzelvoten

Stirnemann Alex, SP: Die Ausführungen von Paul Huwiler sind sicher richtig und, dass die Gemeinde Wohlen allfällig vom Bund zugewiesene Flüchtlinge aufnehmen wird. Ich möchte noch einmal den Inhalt des Postulates verdeutlichen. Bei diesem Postulat geht es jedoch darum – und darum wurde es in verschiedenen Einwohnerratsgemeinden eingereicht – dass die Gemeinden zusammen Druck von unten gegen oben machen, also vom Kanton zum Bund. Es soll proaktiv aufgefördert werden, mehr zu machen als das, was bisher angedacht wurde. Seien Sie dankbar dafür, dass es Ihnen hier so gut geht und zeigen Sie sich solidarisch mit denjenigen Menschen, welchen es weniger gut geht.

Christen Peter, SVP: Ich möchte gerne ein Statement abgeben. Brandstiftung legitimiert nicht zu einem automatischen Flüchtlingsstatus bei uns in der Schweiz. Es ist wieder dieselbe Fragestellung. Wer profitiert schlussendlich von einer Situation – wie wir sie bereits einmal mit Frau Sommaruga hatten, als sie im Bundesratsjet einfach einmal vier Flüchtlinge mitgenommen hat und diese davon profitiert haben. Ich denke, niemand möchte den Ortsbus nehmen. Gerne gebe ich Ihnen einige Eckzahlen: Wohlen zwölf Personen, Schweiz 6'121 Personen, Europa 532'000 Personen. Bei gewissen Leuten wäre dies sicher ein absolut gangbarer Weg, aber wir denken, dass dies etwas zu viel ist.

Abstimmung

Das Postulat 14098 der CVP Fraktion betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos Griechenland)

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgewiesen.

Kenntnisnahme Finanzplan 2021-2030 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (14091)

Heinrich Daniel, FGPK: Die FGPK hat den Finanzplan 2021-2030 vertieft angeschaut. Die von uns gestellten Fragen dazu wurden vom Gemeinderat ganz klar beantwortet. Die Grundlage des heute vorliegenden Finanzplans finden Sie auf der Seite 3, unter Punkt 2.2. Der Finanzplan zeigt schonungslos unsere Marschrichtung auf. Beispielsweise sind im Jahr 2021 Nettoinvestitionen im Umfang von CHF 12.9 Mio. aufgeführt. Darin enthalten sind unter anderem CHF 6.7 Mio. für die Neugestaltung des Bushofs/Bahnhofplatz, CHF 5.1 Mio. für die Kantons- und Gemeindestrassen und CHF 2.3 Mio. für den Ausbau der Nutzenbachstrasse, welcher vor kurzem gestartet ist. Davon können wir gerade einmal 16%, sprich CHF 2.1 Mio., selber finanzieren. Das ist besorgniserregend. In Zukunft sind im Finanzplan 2021-2030 Nettoinvestitionen von CHF 145 Mio. ausgeführt. Im letzten Jahr waren es jedoch noch CHF 139.6 Mio. Die Projekte mit dem Status „geplant“ erreichen eine Summe von CHF 138 Mio. Letztes Jahr waren es noch 128.8 Mio. Das heisst wir investieren in die Bildung CHF 98 Mio., letztes Jahr waren es noch CHF 90.3 Mio. Absolut notwendig, aber wir fragen uns, wo sich die Obergrenze befindet. Im Verkehr wollen wir CHF 40 Mio. investieren, letztes Jahr waren es noch CHF 39.5 Mio. Auch dies ist absolut notwendig. Dann kommen noch diejenigen Projekten, von denen wir zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nichts wissen oder solche, welche von Privaten angestossen werden. Da bleibt für Wünsche nicht mehr viel Luft übrig.

In der im Finanzplan enthaltenen Planerfolgsrechnung ist ganz klar ersichtlich, dass mit verschiedenen Steuersätzen kalkuliert wurde. Für die Jahre 2020 bis 2022 wurde mit einem Steuerfuss von 113% gerechnet. Für den Zeitraum Jahre 2023 bis 2025 wurde ein Steuerfuss von 115% eingesetzt. Wenn es nach dem Souverän geht, muss dieser jedoch erst noch genehmigt werden. Für die Jahre 2026-2030 ist ein Steuerfuss von 120% vorgesehen. Auch dieser wird erst die Hürde an der Urne nehmen müssen. Ich glaube den Umweg über den Regierungsrat wollen wir sicher nicht mehr nehmen. Vielleicht sagt der Souverän einem Steuerfuss von 115% Ja, dann sind die Kosten im Jahr 2023-2025 klar geregelt. Ob allerdings ein Steuerfuss von 120% beim Volk Anklang findet, das steht irgendwo in den Sternen.

Unser einziger Trost, in einer Zeit in der wir so viel investieren, dass durch Einsprachen und anderen Faktoren Verzögerungen stattfinden. Dadurch liegt der Realisierungsgrad der Investitionen noch bei 80%. Das sind dann jedoch lediglich aufgeschobene, aber nicht aufgehobene Sachen. Wenn wir in den Kommissionen und im Einwohnerrat unsere Arbeit erledigen, die kleinen wie auch die grossen Projekte genau prüfen und nur das Wesentliche bewilligen – was nicht bedeutet, dass man nur gut oder nicht nachhaltig baut – dann sagt der Souverän vielleicht Ja zu mehr Steuern.

Die vollzählige FGPK nimmt den vorliegenden Finanzplan zur Kenntnis.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Es wurde schon viel diskutiert und geschrieben. An dieser Stelle spreche ich gerne meinen Dank den Printmedien aus, die Berichte für die Bevölkerung von Wohlen und Umgebung sind treffend geschrieben. Auch bedanke ich mich bei der FGPK, welche viel Einsatz gezeigt hat.

Ich werde in meinen Erläuterungen auf die nachfolgenden Punkte eingehen:

- Finanzpolitische Ziele
- Rahmenbedingungen
- Investitionsplan
- Planerfolgsrechnung
- Fremdfinanzierung – Nettoschuld

Ø **Eigenfinanzierung** von CHF 4 - 5 Mio. – **nicht erreicht**

Mittelfristiges Haushaltgleichgewicht – **erreicht**

Mittlere Verschuldung pro Einwohner (CHF 1'001 – 2'500) – **kann nicht gehalten werden**

Die durchschnittliche Eigenfinanzierung von CHF 4 bis 5 Mio., wie der Gemeinderat im Legislaturprogramm 2018-2021 festhält, kann nicht erreicht werden. Laut Gemeindegesetz muss im Finanzplan die mittelfristige Ausgabendeckung nachgewiesen werden. Praxisgemäss gilt für das Budget 2021 der Bemessungszeitraum von sieben Jahren, das heisst von 2018 bis 2024. Rechnung 2018 und 2019, Budget 2020 und 2021 und Planjahre 2022 bis 2024. So gerechnet erreichen wir das mittelfristige Haushaltgleichgewicht. Die Verschuldung pro Einwohner steigt wie im Vorjahresplan stark an, sodass der Richtwert von CHF 1'000 bis CHF 2'500 für die mittlere Verschuldung nicht gehalten werden kann. Der Gemeinderat hält fest, dass Dienstleistungen mit freiwilligem Charakter für eine attraktive Gemeinde weiter bestehen bleiben sollten. Zum Beispiel zahlen Vereine keine Miete für Turnhallenbenützung oder das Aufrechterhalten von Bibliothek und Ludothek, Unterstützung für Sportanlagen, Kulturangebote, Leistungsvereinbarungen. Die von mir genannten Positionen sind nicht priorisiert und abschliessend erwähnt. Es ist eine kleine Auslegeordnung. Aber solche Dienstleistungen erhöhen die Attraktivität einer Gemeinde.

Steuerreform und die AHV-Finanzierung – **Auswirkungen noch nicht abschätzbar**

Anpassung **steuerlicher Pauschalabzug** für die Krankenkassenprämien – **Auswirkung rund CHF 1 Mio. für Gemeinde Wohlen**

Änderung Strassengesetzgebung – **Entlastung des Gemeindeanteils bei Unterhaltsarbeiten an Kantonsstrassen**

Diese Rahmenbedingungen sind im vorliegenden Finanzplan 2021-2030 nicht berücksichtigt:

- Auswirkung Steuerreform und die AHV-Finanzierung. Der Einfluss wird in den einzelnen Gemeinden unterschiedlich stark zum Tragen kommen. Laut dem kantonalen Departement Finanzen und Ressourcen ist noch unklar, ob ein höheres oder tieferes Wachstum resultiert.
- Die Auswirkung der Anpassung steuerlicher Pauschalabzug wird für die Gemeinde Wohlen geschätzt CHF 1 Mio. ausmachen.
- Bei der Änderung der Strassengesetzgebung können wir zukünftig (vermutlich) mit einer Entlastung des Gemeindebeitrages rechnen.

Gemeinde Wohlen		INVESTITIONSPLAN												
Investitionsplanung (in 1'000)	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	Total		
Allgemeine Verwaltung	225	1'560	2'135	300	0	0	550	350	1'800	4'150	3'850	14'920		
Öffentliche Sicherheit	80	0	300	70	0	0	0	0	0	330	0	780		
Bildung	3'430	12'182	20'689	18'179	17'463	14'600	8'050	2'100	1'500	0	0	98'193		
Kultur, Freizeit, Sport	-3'718	-5'741	950	335	0	0	0	0	0	0	0	-8'174		
Verkehr	4'672	8'805	2'148	3'975	5'250	3'700	3'280	2'750	2'250	2'100	700	39'630		
Umwelt, Raumordnung	-3853	735	1596	1724	-846	100	100	100	100	200	0	-44		
Volkswirtschaft	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Total	836	17'541	27'818	24'583	21'867	18'400	11'980	5'300	5'650	6'780	4'550	145'305		

Investitionsvolumen **CHF 145 Mio.**
 Bildung **CHF 98 Mio.** / Verkehr **CHF 40 Mio.**
 Kummulierte Selbstfinanzierung **48 % oder CHF 69 Mio.**

Der Investitionsplan zeigt praktisch dasselbe Bild wie im Vorjahr. An der Bedeutung der in den vergangenen Jahren aufgezeigten notwendigen Investitionen ändert sich nichts. Die Planzahlen konnten aufgrund des Abklärungs- und Planfortschrittes präziser festgelegt werden. Fazit des Gemeinderates: die längst überfälligen Investitionen sollen nicht weiter hinausgeschoben werden und somit angegangen und getätigt werden. Wir handeln somit auch antizyklisch. Corona lässt überall grüssen. Auf die Abhängigkeiten der Bauprojekte wird Rücksicht genommen. Zudem wird der Ausführungstakt von den bestehenden Personalressourcen vor allem des Bereiches Planung, Bau und Umwelt bestimmt. Für die Finanzierung der Investitionen sind die entsprechenden Mittel jedoch zwingend notwendig.

Gemeinde Wohlen		PLANERFOLGSRECHNUNG												
Plan-Erfolgsrechnung (in 1'000)	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030			
Ergebnis betriebliche Tätigkeit	-1'850	-3'827	-4'093	-3'321	-2'989	-2'853	-677	-588	296	813	1'336			
Operatives Ergebnis	-60	-1'997	-2'255	-1'333	-1'143	-1'239	716	719	1'608	2'045	2'466			
Gesamtergebnis	1'927	-194	-634	106	114	-165	1'608	1'429	2'136	2'390	2'610			

Aufwandentwicklung stützt sich auf **Budgets 2020 und 2021** mit **jährlicher Zuwachsrate von 0,5 %**
 Personalaufwand – Entwicklung gemäss **Stellenetat (Seite 24)** mit **jährlicher Zuwachsrate von 0,5 %**
 Zunehmende Belastungen in der **Pflegefinanzierung, Verlustscheine Krankenkassen, Restkosten Sonderschulung und Heime**
Baurechtszins für Isler-Areal ab dem Jahr 2023
Wegfall Verzinsung Bifang Wohn- und Pflegezentrum ab dem Jahr 2022

Nur dank dem gestaffelt erhöhten Steuerfuss, auf den ich in der nachfolgenden Folie noch näher eingehen werde, können mehrheitlich positive Gesamtergebnisse ausgewiesen werden. Die Aufwandentwicklung stützt sich vor allem auf die Budgetwerte vom Jahr 2021. Der aufgezeigte Stellenetat (auf Seite 24 ausführlich erklärt) ist mit einer jährlichen Zuwachsrate von 0,5% in den betrieblichen Aufwand eingeflossen. Mit steigenden Belastungen wird in der Pflegefinanzierung, Übernahme der Verlustscheine aus Krankenkassen sowie der Restkosten für Sonderschulungen und Heimaufenthalten gerechnet. Zusätzliche Einnahmen von CHF 300'000 aus Baurechtszinsen für das Isler-Areal sind in der Planerfolgsrechnung abgebildet und auch der Wegfall von CHF 150'000 an die Darlehenszinsen für das Wohn- und Pflegezentrum Bifang sollen das Rechnungsergebnis positiv verbessern.

Gemeinde Wohlen		PLANERFOLGSRECHNUNG										
Plan-Erfolgsrechnung (in 1'000)	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	
Einwohnerzahl	16723	16907	17144	17367	17575	17768	17946	18107	18252	18380	18490	
Steuerfuss	113%	113%	113%	115%	115%	115%	120%	120%	120%	120%	120%	
40 Fiskalertrag	41'980	41'692	42'792	44'662	45'905	47'137	50'169	51'214	52'240	53'244	54'223	
4000/1 Steuern nat. Personen	36'410	36'000	36'972	38'642	39'685	40'717	43'549	44'594	45'620	46'624	47'603	
31 Abschreibungen	325	340	325	325	325	325	325	325	325	325	325	
4002 Quellensteuern	1'230	1'300	1'300	1'400	1'500	1'600	1'700	1'700	1'700	1'700	1'700	
4010 Steuern jur. Personen	3'050	3'000	3'100	3'200	3'300	3'400	3'500	3'500	3'500	3'500	3'500	
40 Sondersteuern/Übrige	1'290	1'392	1'420	1'420	1'420	1'420	1'420	1'420	1'420	1'420	1'420	

Gestaffelte Steuerfusserhöhung
2021 – 2022 Steuerfuss 113 %
2023 – 2025 Steuerfuss 115 %
2026 – 2030 Steuerfuss 120 %

Steuerfussrangliste Aargauer Gemeinden
 112 % und tiefer - 135 Gemeinden (64 %)
113 % - 6 Gemeinden (3 %)
 114 % und höher - 69 Gemeinden (33 %)

Um den Finanzplan in Einklang zu bringen ist für die Realisierung aller Investitionsvorhaben eine Steuerfusserhöhung nicht zu umgehen. Dem Gemeinderat war es aber wichtig auf das Abstimmungsergebnis vom 9. Februar 2020 mit der Erhöhung des Steuerfusses auf 113% Rücksicht zu nehmen. Aus diesem Grunde soll der Steuerfuss für die Jahre 2021 und 2022 auf 113% belassen werden. Der immer geforderte Steuerfuss von 115% soll ab dem Jahr 2023 zur Berechnung der Steuern herangezogen werden. Damit die Ergebnisse der Erfolgsrechnung wieder positiv abschneiden und somit die hohen Schulden abgebaut werden können, ist ab dem Jahr 2026 vorgesehen, den Steuerfuss auf 120% zu erhöhen. In der Steuerfussrangliste ist die Gemeinde Wohlen mit dem gleichbleibenden Steuerfuss von 113% bereits heute im hinteren zweiten Drittel eingereiht.

Gemeinde Wohlen		FREMDFINANZIERUNG - NETTOSCHULD										
Mittelbedarf (in 1'000)	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	
Aufnahme Darlehen/Kredite	0	10'000	15'000	25'000	20'000	15'000	5'000	0	5'000	5'000	-5'000	
Bestand Darlehen/Kredite	55'000	60'000	75'000	92'000	107'000	122'000	127'000	123'000	120'000	115'000	110'000	
Nettoschuld	28'079	43'675	68'603	89'120	106'215	119'220	123'405	119'889	115'855	112'391	106'234	
Nettoschuld je Einwohner	1'679	2'583	4'002	5'132	6'044	6'710	6'876	6'621	6'347	6'115	5'745	

Aufnahme Fremdkapital CHF 55 Mio. oder 38 %
 Bruttoschulden - Höchststand CHF 127 Mio. (2026) – im Jahr **2030 CHF 110 Mio.**
 Nettoschuld 31. Dezember 2019 **CHF 31,1 Mio.**
 Höchststand CHF 123 Mio. (2026) – im Jahr **2030 CHF 106 Mio.**
 Nettoschuld je Einwohner – **sehr hohe Verschuldung**
 Höchststand CHF 6'876 (2026) – im Jahr **2030 CHF 5'745**

Es sind düstere Zahlen, welche ich heute präsentiere. Das ist mir als Vorsteherin des Bereichs Finanzen und Ressourcen und dem Gesamtgemeinderat bewusst. Wir sind gefangen in einer Spirale in die nötige Infrastruktur für eine attraktive Gemeinde zu investieren – aber gleichzeitig nicht das finanzielle Polster zu haben, um aus dem eigenen Portemonnaie finanzieren zu können. Als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte werdet ihr den Finanzplan „nur“ zur Kenntnis nehmen. Der Gemeinderat hat transparent dargelegt, wohin die Reise geht. Ich freue mich auf euer Mitdenken, eure Inputs, auf eure konstruktive Kritik und eure Lösungsansätze. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und nun freue ich mich auf eine aufbauende Diskussion.

Fraktionsmeinungen

Nicoll Jonathan, SVP: Die Stichworte von Gemeinderätin Ariane Gregor bleiben natürlich im Gedächtnis. Mitdenken, Lösungsansätze, konstruktive Ideen. Wir sollen auf eine gemeinsame Reise gehen. Also die SVP wird bei dieser tiefroten Reise wohl kaum mitgehen. Die Frage ist nicht an den Einwohnerrat gestellt. Die Frage ist, wenn konstruktiv gestellt, an den Gemeinderat gerichtet. Für das sind die Damen und Herren gewählt worden. Für das gehen die Damen und Herren mit einem gewissen erwarteten Leadership voraus, um als Gemeindelenker zu zeigen, wie wir aus dieser Situation hinausfinden. Für all diejenigen, welche der Ansicht sind, dass wir hier einfach ein Wunschdenken haben können, indem man das Volk fast manipuliert und ihnen glaubhaft macht, man hätte nicht in diese Gemeinde investiert. Ich stelle in Zukunft die Frage an alle hier in diesem Saal. So geht es definitiv nicht weiter. Die Vorjahreszahlen haben sich, wie wir bereits vom FGPK-Sprecher gehört haben, verändert. Wir können diese Zahlen auf fünf Jahre zurück anschauen und es sieht immer schlimmer aus. Ich stand vor einem Jahr hier und habe meine Fragen dem Gemeinderat gestellt. Es ist gut und recht, wenn sich jeder einbringt. Wenn sich jeder überlegt, was man besser machen könnte, um das Dorf attraktiver zu gestalten. Damit ein nachhaltiges Wachstum möglich ist und man den notwendigen Schulraum zur Verfügung stellen kann, welchen Neuzuzüger benötigen. Damit wir eine Infrastruktur haben, welche die Leuten nutzen können und sie gerne hier leben. Die Sicherheit ist immer ein Thema. Wenn ich nur schon höre, was am Bahnhof geschehen ist mit Harry Lütolf. Vielleicht müssen wir in Zukunft mit einem Helm herumlaufen. Ich bin erschüttert, wenn man als Einwohnerrat in dieser Gemeinde aktiv mitwirkt und das Stichwort für die Presse müsste eigentlich sein „Steht Wohlen vor dem zukünftigen Weg in den Abgrund?“ Es ist die gleiche Frage, wie ich sie schon vor einem Jahr gestellt habe. In der Kategorie „Ausgeben“ müssten wir eigentlich eine Oscar-Verleihung durchführen und an denjenigen geben, der die besten Ideen für das Geldausgeben bringt. Meine Damen und Herren, das Geld haben wir ja gar nicht. Wir sind verwöhnt, weil wir glauben, dass der Druck von Zürich her die Leute nach Wohlen bringt und, dass wir dadurch mehr Steuererträge generieren werden. Vor fast fünf Monaten stand ich hier im Einwohnerrat und erklärte, dass die Pandemie nicht unterschätzt werden darf. Dass eine zweite Welle kommen wird. Teilweise wurde gelächelt. Wenn man die Fallzahlen studiert, dann können Sie selber ausrechnen, was passiert. Sogar Frau Merkel weiss nicht, wie sie in dieser Situation mit ganz Deutschland umgehen soll. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir Geld verdienen sollen und Erträge generieren. Wir benötigen zwar den Schulraum, ich appelliere jedoch seit eh und je. Geld ausgeben kann man, aber bitte mit einer Prioritätenliste. Wir müssen heute Investitionen tätigen, damit wir, wenn diese Investitionen getätigt worden sind, wir die Priorität auf diesen Investitionen haben, um Erträge zu generieren. Im Vergleich gehören wir zu denjenigen Gemeinden, welche über fast keine Sachwerte verfügen. Wir haben nicht bewirtschaftete Immobilien, welche man noch viel besser und vor allem ertragsreichen bewirtschaften könnte. Der Gemeinderat wirft ein Stück Käse vor und jede Partei kämpft darum, dieses Stück zu erhalten. Das ist für mich keine Politik. Wir müssen lernen Sachpolitik zu betreiben. Jeder auf seinem Weg, aber die Frage ist an alle gestellt. Ich möchte endlich einmal von jemanden hier drin hören, wie wir in dieser Gemeinde Geld verdienen wollen und wie die Erträge erhöht werden können.

Dietrich Stefanie, CVP: Wir danken dem Gemeinderat für das gute Ausarbeiten des vorliegenden Finanzplanes. Es ist sehr übersichtlich und man sieht klar, welche zukünftigen Investitionen getätigt werden müssen. Zudem zeigt der Plan unsere finanzielle Lage für die nächsten zehn Jahre auf und was dies für uns bedeutet. Die Gemeinde Wohlen ist nicht nur einfach schlecht unterwegs. Die bevorstehenden Ausgaben sind deutlich und der Weg zur Finanzierung wird deutlich aufgezeigt. Es ist möglich. Für unsere Fraktion ist es klar, dass die Steuern steigen müssen, damit unsere Gemeinde die vielen Investitionen, welche in den letzten Jahrzehnten verschlafen worden sind und jetzt zwingend umgesetzt werden müssen, finanziert werden können. Es soll nicht der nächsten Generation ein riesiger Schuldenberg hinterlassen werden. Ein Steuerfuss von 120% hört sich nicht schön an. Ich glaube niemand in diesem Saal hat Freude an dieser Zahl. Aus diesem Grund möchte ich nochmals erwähnen, dass der Steuerfuss von 115% für die nächsten Jahre hätte festgelegt werden können. Leider wollte der Einwohnerrat dieses Risiko nicht eingehen. Jetzt haben wir leider eine „Salami-Taktik“, von 110% bis 120%, vor uns. Zum Glück erhalten wir momentan noch den Finanzausgleich, mit welchem das Budget noch etwas aufgebessert werden kann. Irgendwann

wird jedoch dieser Topf leer sein. Nicht nur die Steuern wachsen, sondern auch unsere Einwohnerzahl. Aus diesem Grund werden wir auch in Zukunft den Anträgen für neue Stellen in der Verwaltung zustimmen, sofern diese eine gute und aufschlussreiche Begründung aufweisen. Die Fraktion CVP nimmt den Finanzplan zur Kenntnis.

Sax Simon, GLP/EVP: Der Finanzplan soll die voraussichtliche finanzielle Entwicklung der kommenden Jahre aufzeigen. Im Gemeindegesetz ist festgehalten, dass diese Planung jährlich aktualisiert und für mindestens vier Jahre erstellt wird. Der vorliegende Finanzplan erfüllt diese Vorgaben. Er wurde sogar bis ins Jahr 2030, also für zehn Jahre, erstellt. Wir haben in der Fraktion den Finanzplan eingehend diskutiert. An dieser Stelle ein Dankeschön für die sorgfältig Erstellung des Dokuments an den Gemeinderat sowie an die Verwaltung. Für unsere Fraktion hat der Finanzplan das höhere Gewicht als das jährliche Budget. Der Finanzplan zeigt schonungslos die finanziellen Tatsachen unserer Gemeinde auf. Wir stehen erst am Anfang einer Phase mit grossen Investitionen. Ebenso klar ersichtlich ist, dass die Selbstfinanzierung bei weitem nicht genügt, im Finanzplan sind ungenügende 48% über alle Planjahre ausgewiesen. Deshalb brauchen wir Fremdkapital in Form von Krediten. Und dieser Schuldenberg wird gemäss der vorliegenden Planung im Jahr 2026 den Höchstbetrag von rund CHF 123 Mio. erreichen. Bei einem solch hohen Schuldenberg sind die Auswirkungen bei einer allfälligen Zinssatzerhöhung sehr gefährlich. Zudem ist gegen Ende der 10-jährigen Planungsdauer nur eine ungenügende Kreditrückführung vorgesehen und die Chance ist leider real, dass die Schulden der nächsten Generation übergeben werden.

Zum Steuerfuss: Der Gemeinderat musste aufgrund von Widerstand den ursprünglichen Plan aufgeben, in dem er über den gesamten Zeitraum mit einem gleichbleibenden Steuerfuss von 115% gerechnet hat. Die Quittung wird uns jetzt präsentiert: Der Steuerfuss verändert sich im Laufe der Jahre, von aktuell 113% auf maximal 120%. Zusätzlich ist ab dem Jahr 2022 eine kostendeckende Abfallwirtschaft eingerechnet, wir sind gespannt ob das klappt. Unsere Fraktion hat den ursprünglichen Willen für einen konstanten Steuerfuss begrüsst, losgelöst von einzelnen Investitionsprojekten. Leider liegt uns nun der Plan B vor: jetzt noch ein tieferer Steuerfuss von 113% und dann dafür später der Hammer mit 120%. So oder so, die Investitionen kosten Geld und müssen finanziert werden. Und die wichtigsten Einnahmen einer Gemeinde sind und bleiben nun mal die Steuern.

Zu den Investitionen: Wie im Vorjahr begrüssen wir die Aufstellung der Investitionen nach dem Projektstatus. Diese Aufstellung finden wir sehr gut. An den Projekten in Bau sowie an den beschlossenen Projekten im totalen Umfang von über CHF 33 Mio. kann nichts mehr geändert werden. Die geplanten Projekte von über CHF 138 Mio. sind der grösste Brocken. Über jedes einzelne dieser geplanten Projekte können Sie hier im Einwohnerrat abstimmen. Ein grosser Teil davon betrifft jedoch die Schulraumproblematik, die wir als unbestritten erachten. Ob es jetzt ein guter oder schlechter Finanzplan ist, kommt auf den Blickwinkel drauf an. Technisch erachten wir ihn als gut gemacht und stimmig. Der finanzielle Ausblick ist jedoch mehr als düster und beängstigend. Es kann an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass es viele Stellenschrauben gibt, an denen bei einem Finanzplan gedreht werden kann: angefangen bei der Bevölkerungsentwicklung, bei der Steuerkraft, beim Steuerfuss, bei den laufenden Ausgaben, bei der Teuerung, beim Stellenplan, beim Zinssatz für Kredite und schlussendlich bei den Investitionen. Dreht man an einer Schraube, hat das Auswirkungen auf den gesamten Finanzhaushalt. In Summe erachten wir die aufgeführten Investitionen als notwendig. Das grundsätzliche Problem von Wohlen lokalisieren wir eindeutig auf der Einnahmeseite, konkret in der ungenügenden Steuerkraft. Unsere Fraktion GLP/EVP nimmt vom Finanzplan 2021-2030 mit Besorgnis Kenntnis.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Wir bedanken uns bei allen Beteiligten für das Verfassen und Ausarbeiten des vorliegenden Finanzplans. Der diesjährige Finanzplan zeigt klar und deutlich die Investitionen der nächsten zehn Jahre auf. Die kommenden und dringenden Investitionen sind notwendig und unverzichtbar, wollen wir doch alle ein attraktives Wohlen für Jung und Alt. Aber auch eines für einkommensstarke Neuzuzüger. Kürzlich durfte ich ein Gespräch mit einer jungen Familie haben. Dabei habe ich sie gefragt, weshalb sie nach Wohlen gezogen sind. Ihre Antwort war überraschend. Sie haben in unserer Gemeinde ein bezahlbares Eigenheim erwerben können. In den vorhandenen Sportanlagen können zahlreiche sportliche Aktivitäten betrieben werden. Es gibt viel Grün. Der Wald mit Vita-Parcours. Die Naherholungsgebiete rund um Wohlen zeigen sich vielseitig. Die Einkaufsmöglichkeiten sind erstaunlich gut. Alles ist mit dem Fahrrad oder den ÖV's gut und schnell zu erreichen. Mit dem neuen Busbahnhof werden die Verkehrsverbindungen in die Region noch gestärkt. Es gibt auch zahlreiche Vereine und Interessensgruppen für eine vielseitige Freizeitgestaltung. In Wohlen gibt es zudem umfassende Schulanlagen. Es sind alle Schulstufen vorhanden und werden angeboten. Vom Kindergarten bis zur Kantonsschule. Alles ist in unserem Dorf vorhanden. Wohlen bietet viel für Viele. Die Höhe des Steuerfusses wurde hingegen nicht erwähnt. Tragen wir Sorge zur vorhandenen Infrastruktur, damit der Wert erhalten bleibt. Es gibt noch zahlreiche Investitionen zu tätigen. In den vergangenen 30 Jahren sind dringend notwendige Renovationen verschoben oder sogar ganz

gestrichen worden. Solche Verschiebungen werden von Jahr zu Jahr einfach immer teurer. Vernünftiger wäre ein Steuerfuss von 115%. Von Luxuswünschen und Luxusprojekten kann keine Rede sein. Für die kommende Generation wünschen wir uns ein weitsichtiges Denken, damit noch mehr einkommensstarke Familien Freude an unserem Dorf finden können. Wir nehmen den Finanzplan so zur Kenntnis.

Meier Cyrille, SP: Zuerst möchte sich die SP Wohlen bei allen Beteiligten bedanken, die an der Realisierung und Fertigstellung des vorliegenden Finanzplanes beteiligt waren. Gleichzeitig möchten wir auch ein Lob an diese Personen richten, denn der vorliegende Finanzplan wurde ausführlich erarbeitet und zeigt auf, welche Projekte demnächst anstehen und welche zukünftige bis ins Jahr 2030 abgebildet noch auf uns zukommen.

Unterdessen erreicht das Investitionsvolumen rund CHF 145 Mio., davon entfallen rund 70% oder fast CHF 100 Mio. in den Bereich Bildung. Darunter fallen die neue Turnhalle, die vom Stimmvolk gutgeheissen wurde, das neue Schulhaus sowie die Renovierungen in der Halde, zusätzlich die Renovierung des Schulhauses Junkholz sowie der Turnhalle. Zusätzlich müssen etliche Kindergarten-Standorte saniert werden. Zusätzlich werden rund CHF 40 Mio. im Bereich Verkehr eingerechnet. Darunter fallen das Bahnhofsareal sowie verschiedene Sanierungen der Kantons- und Gemeindestrassen. Einige Projekte wie die Turnhalle Junkholz hätte man schon längst sanieren können, doch die bürgerlich dominierte Exekutive und Legislative verschob anstehende Investitionen immer weiter nach hinten, um möglichst tiefe Steuern zu erhalten. Deswegen steht die Gemeinde Wohlen vor einem Investitionsstau, der sich knallhart in den Zahlen zeigt.

Wir müssen langfristig dieses Desaster ausbaden, denn bei den meisten Investitionen haben wir die gesetzliche Verpflichtung, dass wir beispielsweise genügend und geeignete Bildungsräume bereitstellen sowie, dass wir eine funktionierende Kanalisation und Strassen haben. Wir haben hier keine Luxusprojekte, sondern Pflichtbedarf. Hoffen wir, dass Wohlen wegen der maroden Infrastruktur nicht noch kantonsweit in der Presse bekannt wird.

Der Gemeinderat plant bis zum Jahr 2022 mit dem letztthin angenommenen Steuerfuss von 113%. Anschliessend soll der Steuerfuss bis 2026 auf 120% steigen. Selbstverständlich akzeptieren wir das letzte Stimmergebnis, weisen jedoch daraufhin, dass das aufgezeigte Vorgehen bzgl. Steuerfuss nun den Investitionen hinter her hinkt. Mit einem rechtzeitigen Anstieg auf 115% hat man aus Mittellinks versucht, diese 120% zu unterbinden. Dies wurde durch die Gegenwehr der Bürgerlichen verhindert. Jedoch kommen wir zukünftig nicht um diesen geplanten Steuerfuss herum.

Auch mit diesem Finanzplan können wir bloss 48% der geplanten Investitionen selbst finanzieren, dementsprechend werden wir einen hohen Schuldenberg anhäufen. Dabei muss man hoffen, dass die Zinsbelastung nicht ins Unerträgliche steigen wird. Wir müssen uns auch bewusst sein, dass betreffend Steuerpolitik des Kanton Aargau noch Mehrkosten auf die Gemeinde Wohlen zukommen könnten und die Auswirkungen der durch Covid-19 verursachten Wirtschaftskrise sind noch nicht bezifferbar. Die SP Wohlen nimmt schlussendlich den Finanzplan 2021-2030 zur Kenntnis.

Hoffmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Wenn man den Finanzplan 2018-2027 mit dem neuen Finanzplan vergleicht, stösst man auf nicht viel Neues. Da und dort wird eine Investition höher oder sie wird noch weiter nach hinten verschoben. Der Steuerfuss von 115% bzw. ein etwas höherer taucht ebenfalls auf, einfach viel früher auf dem Zeitstrahl, bzw. jetzt schon in der Vergangenheit.

Der Aufgaben- und Finanzplan ist ein unverbindliches Planungsinstrument des Gemeinderates. Und als unverbindlich nehmen wir das auch zur Kenntnis. Wir nehmen Kenntnis vom Ziel des Gemeinderates, den Steuerfuss auf 120% hochzutreiben. Wir nehmen Kenntnis vom Ziel des Gemeinderates, die Gemeinde massiv zu verschulden. Wir nehmen Kenntnis vom Ziel des Gemeinderates, beim Geldausgeben ein sportliches Programm zu präsentieren, aber fürs Geldeinnehmen (z.B. Isler-Areal mit Baurechtszinsen und Steuereinnahmen) keine Kapazität zur Verfügung zu stellen. Wir nehmen Kenntnis vom Ziel des Gemeinderates, sein Personal aufzustocken ohne, dass Optimierungen in der Aufbau- und Ablauforganisation ersichtlich wären. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Gemeinderat mit seiner Steuerfussdrohung von 120% die letzten gutsituierten Steuerzahler von Wohlen fernhält oder zum Verlassen von Wohlen ermuntert. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Gemeinderat im Irrglauben ist, dass jede neue Investition an den Steuerfuss zu binden sei und diese Investition dann zu einer Steuerfusserhöhung führt. Bei 127%, lieber Gemeinderat, ist endgültig Schluss. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Gemeinderat sich nicht bewusst ist, dass eine so massive Steuerfusserhöhung nicht zwangsläufig zu mehr Steuerertrag führen muss. Weil die, wo es sich leisten können, wegziehen können. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Investitionsplan seitens

Gemeinderats gar nicht so vollzogen werden kann. Er schreibt selbst, dass ein Realisierungsgrad von 80% eher wahrscheinlich ist. Zusätzlich fragen wir Gemeinderat Thomas Burkart an, ob er und sein Team die notwendigen fachlichen und zeitlichen Ressourcen zur Verfügung haben, um diese Projekte in diesem Zeitrahmen durchzuführen. Kann Thomas Burkart neben seinem Haupterwerb, die notwendige Zeit für diese Projekte zur Verfügung stellen? Oder kann es sein, dass ein gewählter Milizpolitiker wegen der Projektüberbelastung zum Berufspolitiker ohne Abgeltung wird? Wir nehmen Kenntnis, vom Ziel des Gemeinderates die Ausgaben jeweils sehr hoch und die Einnahmen eher tief anzusetzen, dass dann von einer guten Budgetdisziplin gesprochen werden kann. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Gemeinderat nach wie vor nicht gewillt ist, die systematische Analyse der Erfolgsrechnung, namens Motion AHA, anzugehen.

Ich habe mir erlaubt, einen Cartoon zu verteilen. Wo ich diesen im Wohler-Anzeiger gesehen hab, ist mir sofort der Gemeinderat Wohlen in den Sinn gekommen. Wir bitten den Gemeinderat davon Kenntnis zu nehmen, dass die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon diesen Finanzplan 2021-2030 zur Kenntnis nimmt, dies aber nicht als Zustimmung gewertet werden kann.

Einzelvoten

Pascolin Laura, SP: Es ist kein Geheimnis, dass ich nicht Fan von Steuerfusserhöhungen bin. Im Finanzplan wird für das Jahr 2026 ein Steuerfuss von 120% aufgezeigt. Dies hat mich doch sehr erstaunt. Mit dem Budget 2021 und mit einem Steuerfuss von 113% kann ich gut leben. Mir macht es jedoch Angst, wenn ich die Wirtschaftsprognose aufgrund der Corona-Pandemie und die damit verbundene hohe Verschuldung unserer Gemeinde anschau. Das Timing mit der hohen Verschuldung könnte nicht schlechter sein, aber dafür kann niemand etwas. Stundenlang habe ich mit dem Budget und dem Finanzplan beschäftigt. Grosse Investitionen bedeuten eine Steuerfusserhöhung – wie für das Jahr 2026 von 120% vorgesehen. Alle unsere Schulhäuser, sei es die Renovation des Obergeschosses des Bezirksschulhauses im Jahr 1967, die Erweiterung des Schulhauses Bünz matt, die Erweiterung des Berufsschulhauses im Jahr 1969 sowie der Bau des Schulhauses Junkholz im Jahr 1973 haben dazumal beigetragen, dass Wohlen einen Steuerfuss von 130% hatte. Man darf somit davon ausgehen, dass die Bildung und die Investition vor allem in die dafür vorgesehene Infrastruktur sicher eine wichtige Komponente darstellt, wenn es um allfällige Steuerfusserhöhungen geht. Es tangiert natürlich auch das Budget.

Mit der Sanierung und der Erweiterung des Haldenschulhauses sind wir jetzt wieder in derselben Situation wie vor 50 Jahren. Schlussfolgernd ist es nun eigentlich nur noch eine Frage der Zeit, bis der Steuerfuss, freiwillig oder nicht freiwillig, erhöht wird. Ich hätte eine Lösung, welche jedoch sicherlich nicht mehrheitsfähig wäre und zudem katastrophale Auswirkungen hätte. Wir bauen einfach keine Schulhäuser mehr und unterrichten alle Kinder nur noch im Online-Unterricht. Als Mutter eines 10-jährigen Sohnes, welche den Fernunterricht während des Lockdowns miterleben durfte, erscheint mir ein Steuerfuss von 120% auf einmal doch nicht mehr ganz so schlimm. Diejenigen von Ihnen, welche selber schulpflichtige Kinder haben, wissen genau, was ich meine.

Muff Josef, SP: In gewissen Situationen wird jeweils gesagt, dass man nicht zweimal den gleichen Fehler machen soll. Laura Pascolin hat es angetönt. Es gibt vieles, was der Einwohnerrat seit seinem Bestehen beschlossen und dann versäumt hat. Sie erwähnte, dass die Gemeinde Wohlen einmal CHF 44 Mio. Schulden hatte. In diesem Jahr hat die Gemeinde Wohlen einen Betrag von CHF 1.9 Mio. Zinsen bezahlt. Wenn ich nun den Zinsbetrag ausrechnen würde für unsere jetzigen Schulden, mit einem auf 5% angestiegenen Zinssatz – nein, ich habe es nicht ausgerechnet und werde es auch nicht. Aber es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass man zweimal denselben Fehler begeht. Wir sind nicht in der Lage, dem Volk klar zu sagen, um was das es geht. Wir wissen, dass wir Schulhäuser brauchen und unzählige Liegenschaften saniert werden müssen. Das wissen wir seit Jahren. Wir haben so viele Liegenschaften und ich frage mich, wohin das wir schauen. Es kann doch nicht sein, dass wir unserer nächsten Generation x Millionen Franken Schulden hinterlassen. Ist das wirklich das, was Sie beschliessen wollen? Meine Frage richtet sich auch an die FDP. Wann möchten Sie Ihre Schulden einmal bezahlen? Vielleicht im Jahr 2030, 2040 oder wann? Das wird nicht enden, wenn wir nicht endlich einmal etwas machen. Die Idee, Schulhäuser einfach nicht zu bauen, habe ich mir auch schon überlegt. Man könnte noch vieles nicht bauen, aber ob es uns dann damit wohler ist, glaube ich nicht. Die Bevölkerungszahl in Wohlen wächst stark. Ein hoher Steuerfuss müsste doch eigentlich eine abschreckende Wirkung haben. Das Kriterium des Steuerfusses kommt an vierter oder fünfter Stelle, wenn überhaupt. Ich glaube kaum, dass wir aufgrund dessen weniger Einwohner haben würden.

Keller Samuel, FDP: Wohlen ist mit einem tollen Schwung unterwegs. Ariane Gregor fragt uns, ob wir gute Ideen haben. Ja, das haben wir. Bis ins Jahr 2026 ist geplant, einen Betrag von CHF 126 Mio. auszugeben. Nur CHF 20 Mio. für die restliche Zeit. Würde man das Ganze zeitlich verlängern, bin ich der Ansicht, dass man auf eine Steuerfusserhöhung von 120% verzichten könnte. Wenn wir die nächsten sechs Jahre auf zehn verlängern, dann sollte dies ausreichen. Ich habe noch einen zweiten Vorschlag, wie man zu mehr Geld kommen könnte. Als Unternehmer investiere ich und zwar dann, wenn ich das Gefühl habe, dass ich damit mehr Geld verdienen kann. Im Finanzplan wird nur investiert und Geld ausgegeben, ohne dass man in Betracht zieht, dass eine Wirkung damit erzielt werden soll. Bei den Steuereinnahmen ist der Gemeinderat, meiner Meinung nach, zu defensiv unterwegs.

Nicoll Jonathan, SVP: Im Finanzplan sind die kommenden zehn Jahre abgebildet. Wir werden immer wieder diskutieren wo und für was wir Geld ausgeben werden. Ich frage mich, ob es parallel auf Papier einen Plan gibt, welcher die Ideen zusammenfasst wie wir Geld einnehmen werden. Haben wir nicht. Man ist der Meinung, dass die Steuerkraft zunehmen wird. Sie wird jedoch nicht in der Qualität zunehmen, sondern sie wird nur im gleich tief bleibenden Steuerertragsmass pro Einwohner bleiben und skalierbar mit der Menge werden. Dies führt uns zur Frage zurück, wie die Gemeinde vermarktet werden soll. Vermarkten bedeutet jedoch nicht, dass wir ein Aushängeschild erstellen, wo steht, was wir alles haben. Wir haben eine Eishalle, wir haben ein Schwimmbad und wir haben sogar eine Chromstahlrutschbahn, welche so teuer war wie ein Einfamilienhaus. Der Einwohnerrat hat darüber abgestimmt und die Hälfte der Kosten dafür hätte auch gereicht. Im Nachhinein ist man immer schlauer. Im Gemeinderanking befindet sich Wohlen, bezüglich Attraktivität des Standorts, immer noch bei den letzten fünf Gemeinden. Diese Zahlen werden durch die Medien publiziert. Wir können die Kriterien für diese Entscheidungsfaktoren nachlesen. Wohlen müsste so vermarktet werden, dass es viele Neuzuzüger herlockt. Es sollen Neuzuzüger gewonnen werden, welche die Steuerkraft pro Kopf anheben. Die Ausgaben müssen getätigt werden, dem können wir uns nicht entziehen. Der Schulraum muss gebaut werden für alle Schüler und Familien, welche hier her ziehen werden. Vielleicht müsste man eine andere Variante wählen.

Eine Möglichkeit wäre, wenn man die Eigentümerstrategien dieser Gemeinde besser anschauen würde. Eine davon ist diejenige der IB Wohlen AG. Ich frage mich, weshalb wir unserem Volk pro Jahr CHF 1 Mio. Dividende stehlen. Weshalb entziehen wir dieser Gesellschaft einen Substanzwert. Wir machen nichts anderes, als Budgetlöcher zu stopfen. Wenn wir darauf schauen, dass wir einen rückläufigen Strompreis haben, einen günstigeren Gaspreis – hier können wir uns am Ölpreis orientieren und wenn man weniger Serviceverträge verkauft, dann kann man sich überlegen, ob die IB Wohlen AG mehr Aussendienstmitarbeiter anstellen soll, damit sie mehr Serviceverträge machen kann und so stabile wiederkehrende Einnahmen generieren kann. Oder wollen wir mit einem rückläufigen Ertrag in dieser Unternehmung, trotzdem rechtens eine Dividende von CHF 1 Mio. pro Jahr verlangen. Ich frage mich, was dieses Vorgehen rechtfertigt. Wir sind doch Inhaber dieser Aktiengesellschaft. Wir nehmen dort einen Betrag von CHF 1 Mio. heraus, um damit andere Löcher zu stopfen oder – so genannt – das Budget zu finanzieren. Wir erlauben uns dann dem Volk zu erzählen, dass wir den Steuerfuss erhöhen müssen.

In der Gemeindeverwaltung, in allen Ressorts, ist genügend Fachkompetenz vorhanden. Bei der Anstellung von Personal suchen wir die richtigen Fachpersonen aus. Die Gemeindeverwaltung verfügt somit über genügend Kompetenz, um sogar eine Immobilien AG zu gründen. Trotzdem ermöglichen wir es, externen Planern beim Isler-Areal Pläne zu erstellen. Es macht keinen Sinn, das Tafelsilber zu verschenken. Auf dem Isler-Areal könnte man beispielsweise Baurechtszinsen kassieren. Die Gemeinde Wohlen kann sehr günstig Geld aufnehmen. Dies könnte man machen, nicht um Kosten damit zu bezahlen, sondern zukünftige Erträge damit zu generieren. Für das Isler-Areal wurde von Architekt Urs Müller eine Planung erstellt. Ursprünglich hatte an diesem Areal einmal die Raiffeisenbank Interesse. Man könnte auf diesem Areal, an der Strasse vorne, beispielsweise ein neues Gemeindehaus bauen. Auf dem erhöhten Platz könnte eine Begegnungsstätte errichtet werden, in welchem die Bibliothek oder zum Beispiel die Kulturbeiz beherbergt werden könnten. Mit einem Restaurant könnte eine Mieteinnahme erwirtschaftet werden. Im hinteren Bereich könnten zwei Überbauungen mit Eigentumswohnungen gebaut werden, welche der Gemeinde Wohlen gehören. Die Gemeinde könnte hier eine AG gründen und mittels Eigentümerstrategie einen Ertrag generieren. Wenn sich der Gemeinderat gerne beraten und zeigen lässt, wie ein solches Modell funktioniert, dann haben wir in diesem Gremium genügend Leute, welche dies können. Sie können aufzeigen, wie so etwas profitabel umgesetzt werden kann. Wenn die Gemeindeverwaltung dann in das neue Gemeindehaus zieht, dann verfügen wir über ein altes Gemeindehaus auf einem Grundstück. Das Gebäude wäre schon seit Jahren sanierungsbedürftig. Wollen wir denn in dieses alte und marode Gebäude noch Geld investieren oder wollen wir es abreißen und eine Arealüberbauung, mit drei Mehrfamilienhäuser, machen. Diese Erträge würden dann auch wieder in die Gemeindekasse fließen. Dieses Beispiel wollte ich Ihnen aufzeigen, weil es mir ein grosses Anliegen ist, dass sie sehen, dass man in dieser Gemeinde auch Erträge generieren kann.

Strasser Denise, FDP: Es wurde gesagt, dass wir Freisinnigen bezüglich den Finanzen schauen müssen. Aber wir sind ja diejenigen, welche schon schauen. Wir sind nicht diejenigen, welche einen Verpflichtungskredit für die Eingangspforte Anglikon genehmigen wollten oder die Zustimmung zur Durchführung eines Bahnhoffestes erteilen. Wir wägen jeweils die Notwendigkeit ab. Gegen Sanierung sprechen wir uns nicht aus. Wir sind uns bewusst, dass hier ein Bedarf besteht. Es gibt jedoch viele Sachen, welche nicht notwendig sind und wir das Geld dafür auch nicht haben. An dieser Stelle muss angesetzt werden.

Der Einwohnerrat nimmt den Finanzplan 2021-2030 mit 37 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme zur Kenntnis.

Budget 2021 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (14090)

Christen Peter, Präsident FGPK: Am 24. August wurde das Budget 2021 der FGPK vom Gemeinderat zur Verfügung gestellt. Bereits am 3. September wurde das Budget und der Finanzplan von Ariane Gregor vorgestellt. Im Anschluss hat die FGPK in zweier Teams das Budget geprüft und analysiert. Unsere Fragen wurden am 13. September an den Finanzverwalter Roland Frick zugestellt. Am 22. September konnten wir die Fragen mit dem Gemeinderat besprechen und abschliessend beantworten. An einer weiteren FGPK-Sitzung am 24. September wurden die Antworten des Gemeinderates auf unsere insgesamt 24 Fragen intern angeschaut. Es ist festzustellen, dass alle Fragen perfekt, und zu unserer Zufriedenheit, beantwortet worden sind. Die FGPK hat bis zum 25. September die Stellungnahme zum Budget 2021 verfasst und dem Einwohnerrat termingerecht zugestellt. Den aussagekräftigen Bericht der FGPK haben Sie mit Sicherheit gelesen, wenn nicht, tun Sie es bitte noch. Ich erwähne einige Punkte aus dem Bericht, für diejenigen, welche ihn vielleicht noch nicht gelesen haben und mit der Hoffnung das Interesse zu wecken.

Ohne Spezialfinanzierungen weist dieses Budget ein positives Gesamtergebnis von CHF 41'000 aus. Das befindet sich noch sehr knapp auf der schwarzen Seite. Aus zuverlässigen Quellen ist mir bekannt, dass das Budget 2021 mehrmals vom Gemeinderat behandelt wurde und man sich dann von einem negativen Betrag, im Umfang von ca. CHF 1 Mio., auf den jetzigen positiven gearbeitet hat. Das ist gut so, denn die Präsentation eines Budgets mit einem so hohen Negativbetrag hätte nur sehr lange Diskussionen im Einwohnerrat zur Folge gehabt oder wäre sogar abgelehnt worden. Somit ist es jedoch um CHF 2.377 Mio. schlechter, als dasjenige aus dem Jahr 2020.

Die Investitionsrechnung ist der Punkt, welcher bereits von Daniel Heinrich erwähnt wurde. Im Jahr 2021 sind Nettoinvestitionen von CHF 12.9 Mio. geplant. Ein Betrag von CHF 6.7 ist für die Neugestaltung des Bushof/Bahnhofplatz eingestellt, CHF 5.1 Mio. für Kantons- und Gemeindestrassen und CHF 2.3 Mio. für den Ausbau der Nutzenbachstrasse, was derzeit nicht bei allen Einwohnern von Wohlen gut ankommt, da die Strasse sehr gut befahren wurde. Umso mehr ist die Instandstellung dringend notwendig.

Die Selbstfinanzierung beträgt CHF 2.1 Mio. oder 16%. Dies stellt einen besorgniserregenden Wert dar.

Die Gemeinde Wohlen weist aus der Sicht der FGPK eine sehr hohe Verschuldung aus. Dies wurde auch bereits im Einwohnerrat angesprochen und dem sind wir uns alle bewusst. Wir werden auch in Zukunft darauf angewiesen sein, dass wir mit konstruktiven Vorschlägen das Ganze in die richtige Richtung lenken. Bereits im Jahr 2021 wird die Nettoschuld pro Einwohner CHF 2'702 betragen. Bis zu einem Wert von CHF 2'500 spricht der Kanton von einer tragbaren Verschuldung.

Die FGPK sieht in Zukunft die folgenden weiteren Problemstellungen für die Gemeinde. Das wären allenfalls ansteigende Zinssätze, was katastrophal wäre und würde alles aus dem Gleichgewicht bringen. Mit 1.13% tiefer budgetierten Steuereinnahmen ist in den Folgejahren mit weiteren Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zu rechnen. Ich bin gespannt darauf, wie unsere Steuereinnahme Ende Jahr aussehen werden.

Das Budget 2021 mit einem operativen Verlust von CHF 1.8 Mio. trägt nicht zur Verbesserung des mittelfristigen Haushaltgleichgewichts bei. Trotzdem empfiehlt die FGPK dem Einwohnerrat einstimmig, das Budget 2021 mit einem unveränderten Steuerfuss von 113% zu genehmigen. Die FGPK ist somit bereit, den vom Gemeinderat beantragten Weg, mit einem schwarzen Resultat und 113%, zu gehen. Die Steigerungen werden in der FGPK Anlass zur Diskussion geben. Wir werden in Zukunft ganz genau hinschauen.

Wie bereits mehrfach kommuniziert, beschränkt sich die FGPK auf das Wesentliche. Bei der Stellung von Nachtragskrediten werden wir uns wehren.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Herzlichen Dank an den Sprecher der FGPK und die positive Bewertung der Arbeit aus dem Gemeindehaus und für die intensive Prüfung des vorliegenden Budgets.

Vor einem Jahr habe ich deutlich gemacht, dass der Gemeinderat einen Steuerfuss mit 115% beantragt, so dass wir die Selbstfinanzierung verbessern und die kommenden Investitionen tragbar sind. Wir wollen unseren Enkeln keinen riesigen Schuldenberg hinterlassen.

Die Selbstfinanzierung können wir mit dem vorliegenden Budget nicht verbessern und die Schuldenlast steigt. Diese Erkenntnisse sind nicht sehr angenehm für unsere zukünftigen Budgetierungen. Als Ratsmitglieder haben Sie es in der Hand, das Budget 2021 entweder besser oder schlechter zu gestalten. In beiden Fällen möchte ich zu bedenken geben, dass Einsparungen ein Dienstleistungsabbau nach sich zieht und Mehrausgaben eine rote Zahl generiert. Eine Veränderung im jetzigen Budget zieht natürlich auch seine Kreise in der Finanzplanung. Selbstverständlich wird der Gemeinderat die Entscheide des Einwohnerrates übernehmen und umsetzen. Zu folgenden Punkten werde ich einige Erläuterungen anbringen:

- Übersicht
- Veränderungen
- Ergebnis Erfolgsrechnung
- Ergebnis Investitionsrechnung

Gemeinde Wohlen ÜBERSICHT

Ausgeglichenes Budget - Ertragsüberschuss von 41'200 Franken

Steuerfuss bleibt unverändert bei 113 Prozent

Investitionsvolumen bleibt hoch

Nettoinvestition Steuerfinanziert: **12,9** Millionen Franken

Nettoinvestition Spezialfinanzierungen: **2,2** Millionen Franken

Von der ersten Lesung im Gemeinderat bis zum vorliegenden Budget 2021 veränderte sich die Differenz des Gesamtergebnisses von CHF 1.2 Mio. (rot) bis zu CHF 41'200 schwarz. Darum freut es mich, ein Budget zu präsentieren, welches einen kleinen Überschuss erzielt und somit das Prädikat ausgeglichenes Budget bekommt.

Drei Mal versuchte der Gemeinderat den Steuerfuss auf 115 % anzuheben, dreimal ist er mit diesem Ziel gescheitert. Nun stehen wir dank der Volksabstimmung im Frühling 2020 mit einem Steuerfuss von 113% da und dieser Ansatz soll auch für das Budget 2021 seine Gültigkeit haben. Der Gemeinderat anerkennt den Willen des Souveräns, der Gemeinderat baut darauf, dass die 113% auch von den Steuerzahlenden als Teilschritt angesehen wird.

Das Investitionsvolumen bleibt sehr hoch. Ich erinnere an die Dreifachsporthalle, welche die Abstimmungshürde erfolgreich gemeistert hat, die Ausbauarbeiten im Wil oder die grossen Vorhaben beim Verkehr- und Strassenbau.

Wenige und geringeMehrerträge und Minderaufwände **gegenüber dem Budget 2020**

	Finanzausgleich	CHF 157'000
	Geringerer Zinsbeitrag an Bifang Wohn- und Pflegezentrum	CHF 119'000
	Nachsteuern und Bussen	CHF 100'000

Gemäss Mitteilung des Kantons werden wir Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich generieren. Weniger wäre für unsere Gemeinde eher ein Gütesiegel, das ist klar. Steuerkraftausgleich: Die Steuerkraft in Wohlen ist im Durchschnitt der Aargauer Gemeinden um CHF 500 tiefer, deshalb erhalten wir die Ausgleichszahlung. Bildungslastenausgleich: Unser Anteil an Volksschülerinnen und Volksschüler ist im Durchschnitt höher, deshalb gibt es die Ausgleichszahlung. Soziallastenausgleich: Wir haben einen überdurchschnittlichen Anteil an Personen mit Sozialhilfebezug, deshalb erhalten wir die Ausgleichszahlung. Von den weiteren speziellen Bestandteilen des Finanz- und Lastenausgleichs, Mindestausstattung und räumlich-struktureller Lastenausgleich, haben wir keinen Anspruch. Der Zinsbeitrag fällt tiefer aus. Die zehnjährigen Hypotheken mussten neu organisiert werden. Sie konnten besser abgeschlossen werden, deshalb bezahlen wir nun weniger. Den Nachsteuern- und Bussenbetrag haben wir höher eingesetzt.

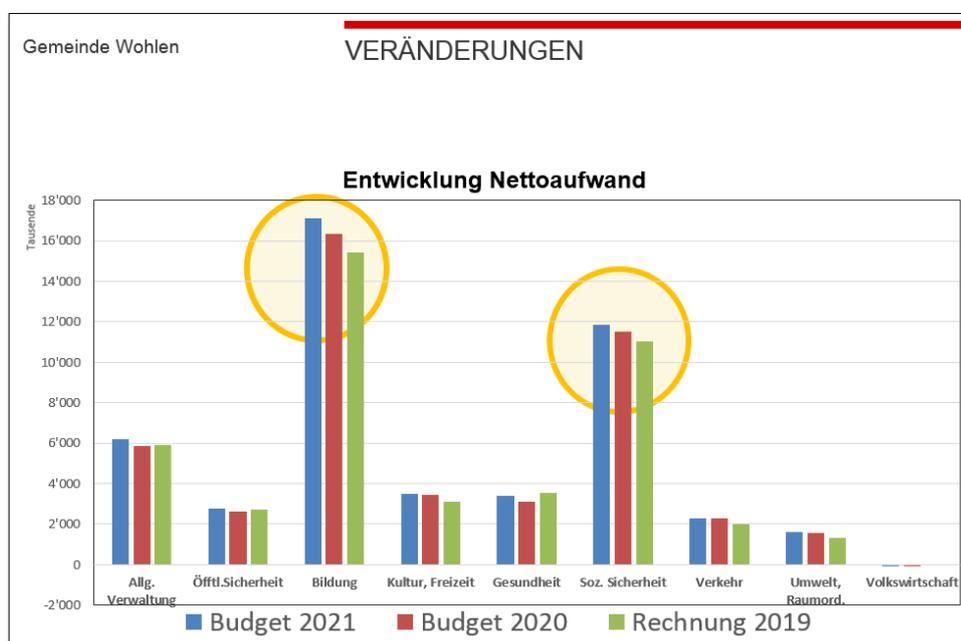
Höhere Aufwendungen gegenüber dem Budget 2020

	Bildung	
	- Neue Ressourcierung, Besoldungsanteil Lehrpersonen	CHF 650'000
	- Schulgelder anderer Gemeinden, geringere Betriebs- und Anlagekosten	CHF 450'000
	Wirtschaftliche Hilfe	CHF 500'000
	Steuereinnahmen , natürliche Personen	CHF 400'000
	Pflegefinanzierung , Restkosten Spitex/Heime	CHF 400'000
	Personalaufwand , ganze Verwaltung	CHF 370'000

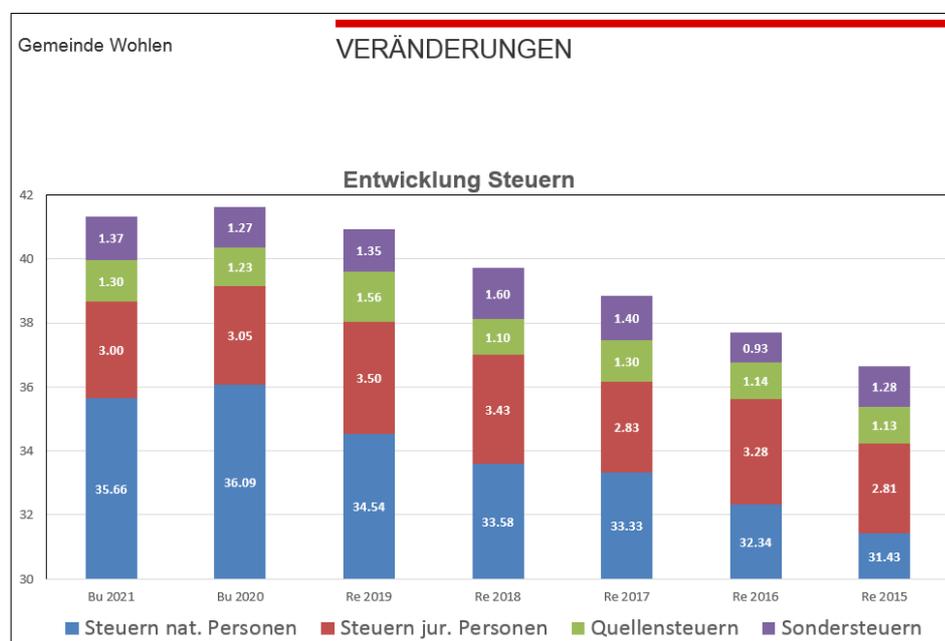
Diese Veränderungen wirken sich natürlich auch auf unser Budget 2021 aus. Bildung: Die Zahlen werden vom Kanton vorgegeben (ausführlich erklärt auf Seite 18). Die Erhöhung des Betrages Wirtschaftliche Hilfe und die geringeren Steuereinnahmen sind Corona bedingt. Pflegefinanzierung und Restkosten Spitex/Heime sind seit Jahren steigend.

Personalaufwand erhöht sich aufgrund den vom Einwohnerrat am 20. Januar 2020 bewilligten Stellen für

- 100% Steueramt
- 100% Sozialdienst
- 160% Planung, Bau und Umwelt



Die Bildung und die soziale Sicherheit generieren zusammen 54% unseres Nettoaufwandes. In beiden Sparten sind die grössten Veränderungen auszumachen. Einsparpotenzial ist nicht ersichtlich.



Von der Rechnung 2015 bis zur Rechnung 2019 und dem Budget 2020 ist ein kontinuierlicher Anstieg der Steuereinnahmen auszumachen. Der Knick vom Budget 2020 zu 2021 ist nicht zu optimistisch, aber wahrzunehmen. Dies steht wohl im direkten Zusammenhang mit der Corona-Sonderlage. Würde sich dies wieder in die gegenteilige Richtung entwickeln, dann könnten wir in der Folge auch wieder eine positive Veränderung bei unseren Finanzkennzahlen feststellen.

Gemeinde Wohlen			
ERGEBNIS ERFOLGSRECHNUNG			
ERFOLGSRECHNUNG			
Einwohnergemeinde (ohne SF)	Budget 2021	Budget 2020	Rechnung 2019
Betrieblicher Aufwand	66'298'800	65'078'300	63'367'235
Betrieblicher Ertrag	62'706'700	63'719'600	62'708'216
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-3'592'100	-1'358'700	-659'019
Ergebnis aus Finanzierung	1'829'800	1'790'300	1'984'934
Operatives Ergebnis	-1'762'300	431'600	1'325'915
Ausserordentliches Ergebnis	1'803'500	1'986'800	2'168'058
Gesamtergebnis	41'200	2'418'400	3'493'973

Zum Schluss möchte ich das Augenmerk nochmals auf die Gesamtschau halten. Der betriebliche Aufwand ist weit mehr gestiegen, teils durch Personalaufwand und Erhöhung des Transferaufwandes. Zudem generieren wir weniger im betrieblichen Ertrag (Steuern, Entschädigungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden).

Wie vielfach erwähnt nutzt uns die Entnahme aus der Aufwertungsreserve, das ausserordentliche Ergebnis. Diese Zahl wird im Laufe der Jahre immer um ca. CHF 180'000 weniger. Aber wir schreiben immerhin eine schwarze Zahl.

Gemeinde Wohlen			
ERGEBNIS INVESTITIONSRECHNUNG			
INVESTITIONSRECHNUNG			
Einwohnergemeinde (ohne SF)	Budget 2021	Budget 2020	Rechnung 2019
Investitionsausgaben	15'941'900	11'480'300	10'080'530
Investitionseinnahme	3'000'000	3'500'000	1'806'844
Ergebnis Investitionsrechnung	-12'941'900	-7'980'300	-8'273'686
Selbstfinanzierung	2'094'100	4'228'500	5'582'225
Finanzierungsergebnis	-10'847'800	-3'751'800	-2'691'461

Unsere Selbstfinanzierung für die anstehenden Investitionen ist mit CHF 2 Mio. sehr mager. Wir investieren in die Wilstrasse 57, in die Bildung, Verkehr Kantonsstrasse, Verkehr Gemeinde, Parkhaus.

Abschliessend frage ich mich manchmal, ob wir mit unseren Finanzen vor der Quadratur des Kreises stehen? Sind unsere Finanzen eine unlösbare Aufgabe?

Nein! Dieses Budget ist ein gangbarer Weg und ich bitte den Einwohnerrat, das Budget 2021 anzunehmen. Sollten doch Änderungsanträge für sinnvoll erachtet werden, so bitte ich, die Ertragsseite und die Aufwandseite zu beachten.

Fraktionsmeinungen

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Der Gemeinderat hat den Auftrag, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Dies kann grundsätzlich auf zwei Arten erreicht werden. Einerseits können die Ausgaben als gegeben betrachtet werden, wenn die Einnahmen nicht ausreichen sollten, müssen sie halt erhöht werden. Dies bedeutet, dass der Steuerfuss angehoben wird. Es handelt sich dabei um den einfachsten Weg, wenn denn der höhere Steuerfuss vom Stimmvolk auch akzeptiert wird. Beim zweiten Weg passt man die Ausgaben den Einnahmen an. Dieses Vorgehen ist unbequem, denn oft bleiben dabei gewisse Wünsche auf der Strecke und die Gemeinde muss sich einschränken. Letztes Jahr wurde – nach vielen Jahren – der Steuerfuss erstmals wieder angehoben. Die Erhöhung fiel allerdings tiefer aus, als das es sich der Gemeinderat erhofft hätte. Jahrelang hatte er stur an einem Steuerfuss von 115% festgehalten. Letztendlich hat jedoch das Stimmvolk entschieden und dies hat, unserer Meinung nach, intelligent gehandelt. Steuererhöhung Ja, aber massvoll. Die Vernunft hat gesiegt. Dieses Jahr belässt der Gemeinderat den Steuerfuss bei 113% und verzichtet auf die unsägliche Zwängerei der vergangenen Jahre. „Endlich!“ möchten wir dem Gemeinderat zurufen. Unsere Fraktion wird im Verlauf der Budgetbehandlung Fragen zu grösseren Ausgabeposten stellen und sich erlauben, gegebenenfalls vereinzelt Kürzungsanträge zu stellen. Im Grundsatz stehen wir jedoch hinter dem Budget und danken dem Gemeinderat, dass er endlich über den eigenen Schatten gesprungen ist und von seiner Maximalforderung von einem noch höheren Steuerfuss abgesehen hat.

Dietrich Stefanie, CVP: Das vorliegende Budget für das Jahr 2021 ist für uns plus/minus stimmig. Wir danken allen Abteilungen und dem Gemeinderat für die Erarbeitung sowie für das genaue Hinschauen unserer Ausgaben und Einnahmen. Wir sind jedoch der Ansicht, dass die Einnahmen noch etwas höher ausfallen können. Wie man bereits im Finanzplan sehen konnte, ist eine Erhöhung des Steuerfusses eine Möglichkeit. Eine andere wäre es, gute Steuerzahler nach Wohlen zu locken, Rückforderungen besser nach zu gehen oder diverse andere Sachen, mit welchen man mehr Geld generieren könnte. Wir haben heute ja bereits einige Beispiele gehört. An den Ausgaben kann jedoch praktisch nichts mehr verbessert werden. Wie allen bekannt sein dürfte, ist bereits über 90% dieses Budgets vorgegeben und nicht wirklich veränderbar. Obschon wohl bereits so umgesetzt, wünschen wir uns von den Abteilungen, dass sie auch während des laufenden Jahres die Ausgaben immer wieder hinterfragen und allenfalls eine günstigere Lösung oder einen anderen Weg suchen. Allenfalls gibt es ja etwas, auf was verzichtet werden kann. Wir wünschen uns einen haushälterischen Umgang mit unserem Geld. Dasselbe gilt jedoch auch für die Einnahmen. Es sollte so viel wie möglich eingenommen werden, allenfalls mehr als budgetiert. Bei sinnvollen Anträgen, kann es sein, dass das eine oder andere Mitglied unserer Fraktion zustimmen wird. Wir stimmen dem Budget 2021 mit einem Steuerfuss von 113% einstimmig zu.

Sax Simon, GLP/EVP: Wie bereits bei meinem Votum zum Finanzplan erwähnt, ist uns der Finanzplan wichtiger und entsprechend werde ich mein Votum zum Budget 2021 etwas kürzer halten als dasjenige von vorhin.

Grundsätzlich stellen wir fest, dass es kein gutes Budget ist, dies vor allem aufgrund des Resultates. Wir können, mehr oder weniger, eine schwarze Null schreiben. Wenn man jedoch das operative Ergebnis anschaut, befinden wir uns tief in den roten Zahlen, nämlich bei CHF -1.8 Mio. Der buchhalterische legale Trick, also mit der Aufwertungsreserve, hebt das Ganze auf ein leicht positives Ergebnis an. Festzustellen ist, dass sich der Selbstfinanzierungsbetrag mit CHF 2 Mio. deutlich tiefer befindet, was wir eigentlich möchten. Anzustreben wäre ein Betrag von CHF 5 Mio., dies ist jedoch nicht erreicht. Wenn man dies ins Verhältnis setzt zu den anstehenden Investitionen, dann ist dies gleich nochmals schlechter. Wenn wir nicht einmal den Selbstfinanzierungsbetrag von CHF 5 Mio. erreichen, dann steigen unsere Schulden auch im Jahr 2021 wieder an.

Besonders Sorge bereitet uns in diesem Budget 2021 insbesondere die von aussen „aufgebrummt“ Ausgabenerhöhungen. Die zusätzlichen Einnahmen durch die Steuerfusserhöhung sind verpufft. Wir weisen ein schlechteres Ergebnis aus, als vor der Steuerfusserhöhung. Dieser Effekt ist somit also bereits wieder weg. Es kommen zusätzliche Ausgaben in den Bereichen Bildung mit CHF 1 Mio., Wirtschaftliche Hilfe mit CHF 0.5 Mio. und so weiter. Zudem haben wir fast CHF 0.5 Mio. weniger Steuereinnahmen. Insgesamt sind das Mehrausgaben im Umfang von CHF 2 Mio. Was uns daran wirklich Sorge bereitet ist, dass dies nicht einmalig ist, sondern es handelt sich um wiederkehrende, zusätzliche Ausgaben. Dies wird unser Budget auch in den kommenden Jahren belasten.

Der Steuerfuss von 113% reicht jetzt noch für eine schwarze Null, für eine ungenügende Selbstfinanzierung und für ein negatives operatives Ergebnis von CHF 1.8 Mio. Als Massnahme daraus müsste der Steuerfuss erhöht werden. Die Ausgaben zu senken, das mag ja vielleicht ein Wunsch sein, aber wir stehen diesem

Vorgehen eher skeptisch gegenüber, denn ein sehr grosser Anteil unserer Ausgaben ist von aussen vorgegeben. Eigentlich müsste man den Steuerfuss jetzt erhöhen, denn das Ergebnis 2021 fällt ungenügend aus. Wir kapitulieren jedoch vor der Tatsache, dass wir nun vielleicht ein Jahr Ruhe haben vor einer Steuerfussdiskussion. Auch kommen wir, mit der Beibehaltung des Steuerfusses von 113%, ohne Volksabstimmung über die Runden. Man kann sich so auf die Umsetzung der vielen Projekte konzentrieren. Für uns ist es jedoch klar, dass der Steuerfuss bereits jetzt erhöht werden müsste. Ob dies 115%, 117% oder 120% spielt keine Rolle, denn wir brauchen einfach mehr Geld. Wir benötigen mehr Geld, um unsere laufenden Ausgaben decken zu können und auch unsere anstehenden Investitionen.

Wir stimmen dem vorliegenden Budget zu, nicht mit Begeisterung jedoch mit der Hoffnung, dass die Diskussionen zur Ruhe kommen und mit Besorgnis hinsichtlich der bevorstehenden Budgetierungen.

Stirnemann Alex, SP: Ich kann mich meinem Vorredner mit der sachlichen Würdigung zum Budget sehr genau anschliessen. Aus der Sicht der SP enthält das vorliegende Budget das Notwendigste oder das Minimum, um die Attraktivität der Gemeinde Wohlen zu bewahren. Dies ist aus unserer Sicht auch zwingend nötig. Nebst der hohen Investitionen, welche man in der Investitionsrechnung und der Prognose aus dem Finanzplan sieht, müssen wir dahingehend bemüht sein, dass unsere alltäglichen und über das Budget finanzierten Kernaufgaben mit einer hohen Qualität erfüllt werden. Hier sind genügend Ressourcen vorzusehen. Insofern warnen wir davor, dass man im Budget willkürlich Kleinstbeträge rausstreicht. Im Wissen darum, dass der Gemeinderat das vorliegende Budget bereits in einigen Lesungen mehrfach gekürzt hat bis eine schwarze Null erreicht wurde. Mit solchen Einsparungen schaden wir mehr, als dass wir möglichen Investitionen Luft verschaffen würden. Zudem liegt ein Grossteil dieser Budgetposten nicht in unserer Hand. Bei denjenigen Posten, welche in unserer Hand liegen, sind wir im Vergleich mit anderen Gemeinden sehr sparsam unterwegs. Wichtig ist zudem, dass wir den Anschluss an andere grosse Zentrums Gemeinden im Kanton nicht verlieren. Dazu ist es notwendig, dass wir proaktiv, z.B. das Standortmarketing, betreiben. Insbesondere muss auch das Thema Wirtschaftsförderung angegangen werden und man darf keines Falls vor Investitionen in die Gesellschaft und die Kultur zurückschrecken. Die Gemeinde Wohlen befindet sich als Standort auf einem guten Weg, auch wenn sich die finanzielle Lage als schwierig erweist. Potenziale, welche lange geschlummert haben, werden sichtbar. Wir müssen diesen Weg unbedingt beibehalten und das Budget aus diesem Grund auch jetzt unterstützen und genehmigen.

Die Thematik des Steuerfusses stimmt die SP leider eher unzufrieden. Wir anerkennen, dass die Mehrheit der Bevölkerung vor einem Jahr eine Steuerfusserhöhung angenommen hat und danken dafür. Die neue Strategie des Gemeinderates in Bezug auf den Steuerfuss können wir nachvollziehen. Gleichwohl ist das vorliegende Szenario, wie aus dem Finanzplan ersichtlich ist, mit einem Steuerfuss von 113% für das Jahr 2021 etwas, was die SP mit ihrer Finanzpolitik der letzten Jahre verhindern wollte. Wir wollten einen solchen „Peak“ verhindern. Wir erachten den gewählten Steuerfuss von 113% zum heutigen Zeitpunkt als unverantwortbar, risikoreich und strategisch unklug. Wir werden dem vorliegenden Budget deshalb nur teilweise unsere Zustimmung geben.

Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Erarbeitung des vorliegenden Budgets 2021.

Läufer Marc, SVP: Im Grundsatz stimmen wir diesem Budget mit einem Steuerfuss von 113% zu. Uns ist jedoch aufgefallen, dass sich praktisch alle Positionen bei der Ausgabenseite im Plus befinden. Wir erkennen weder vom Gemeinderat noch vom Einwohnerrat einen Sparwillen. Der Einwohnerrat genehmigt Projekte, wie zum Beispiel eine Rutschbahn für CHF 650'000, die Bewilligung eines Bahnhoffestes (welches aufgrund von Corona vielleicht gar nicht stattfinden kann), die Schikane Anglikon bei welcher man sogar beim Hinausfahren abbremsen darf usw. In Wohlen schaffen wir es Einnahmen von CHF 30'000 beim Konto Bleichi zu generieren, aber gleichzeitig jährliche Ausgaben von CHF 75'000 (inkl. Abschreibungen) zu haben. Hier müsste ein Augenmerk darauf gesetzt werden, damit die Einnahmen verbessert werden können. Unsere Fraktion wird bei der anschliessenden Budgetdebatte nur Anträge stellen, mit welchen ein Mindestbetrag von CHF 20'000 eingespart werden kann. Unsere Absicht ist es, mit dem Einwohnerrat konstruktive Sparmöglichkeiten zu finden.

Wir danken den Angestellten und dem Gemeinderat für die Erstellung des Budgets. Wir hoffen auf eine konstruktive Zusammenarbeit und auf Einsparmöglichkeiten.

Detailberatung

Seite 49, Konto 1.0223.3113.00 Anschaffung Hardware

Seite 49, Konto 1.0223.3113.02 Dienstleistung Dritter

Geissmann Thomas, FDP: Vorliegend ist ein Betrag für eine Virtualisierungsplattform eingestellt. Ich gehe davon aus, dass es sich hier um die Anschaffung von neuen Servern handelt. Dies ist immerhin ein Betrag von CHF 203'000. Ich möchte gerne vom Gemeinderat wissen, was in diesem Betrag alles enthalten ist und ob diese Ausgabe tatsächlich so notwendig ist.

Beim zweiten Konto geht es um die Einführung der Software im Bereich Human Resources Management. Hier ist ein Betrag von insgesamt CHF 74'500 eingestellt. Gerne möchte ich auch hier weitere Details erfahren.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Bei der Virtualisierungsplattform handelt es sich um die Plattform bzw. Hardware, auf welcher alle Geräte der Gemeinde Wohlen betrieben werden. Diese hat nun, nach fünf Jahren, ihr Ablaufdatum erreicht und muss ersetzt werden. Der Support der alten Plattform ist sehr kostenintensiv und bringt keinen Mehrnutzen. Im Februar 2021 wird die Hardware 5-jährig. Es ist auch ein Bestandteil des IT-Pakets, welches Sie im letzten Jahr bei der Budgetberatung bewilligt haben. Die Anschaffungen wurden auf zwei Jahre verteilt.

Bezüglich der Einführung der HR-Software gebe ich auch gerne Auskunft. Bei der Gemeinde Wohlen arbeiten rund 200 Mitarbeitende, welche dem Personalreglement unterstehen. Die Gemeinde Wohlen verfügt noch über keine elektronische Software für die Verwaltung der Personaldossiers. Dies wird alles noch – man höre und staune – in Papierform bearbeitet, also die Dossiers werden derzeit alle in Hängemäppchen abgelegt. Es gibt hier natürlich die verschiedensten Anforderungen, welche laufend ansteigen. Hinsichtlich der Digitalisierung wird eine Software-Unterstützung benötigt, um das Personalmanagement richtig ausführen zu können. Der Vorteil ist auch die zentrale Ablage sämtlicher Unterlagen. Die Verwaltung aller Angestellten kann so strukturiert erfolgen. Zudem erfolgt eine Synchronisation mit der Lohnbuchhaltung und man erhält verschiedene Kontrollfunktionen und Kontrollmechanismen, wie Mitarbeiterqualifikation etc. Die Gemeinde braucht dieses Instrument zwingend und möchte dieses unbedingt einführen. Wir versprechen uns davon erhebliche Vereinfachungen und eine verbesserte Personalentwicklung. Es schafft zudem personelle Ressourcen, welche wiederum anderweitig eingesetzt werden können.

Seite 50, Konto 1.0290.3144.11 Unterhalt Hochbauten Gemeindehaus a.o.

Seite 59, Konto 1.2172.3144.11 Unterhalt Hochbauten Bünzmatt a.o.

Geissmann Thomas, FDP: Bei den beiden Konten sind doch namhafte Beträge eingestellt für die Anpassung von Sicherheitsnormen. Dies betrifft sowohl das Gemeindehaus, wie auch das Schulhaus Bünzmatt. Vorgesehen ist die Ausgabe von CHF 65'000 für ein Treppenhaus und Innenbrüstung. Weitere CHF 28'000 sollen im Gemeindehaus für die Treppensicherheit ausgegeben werden. Dies soll angeblich mit der Beleuchtung im Zusammenhang stehen. Im Schulhaus Bünzmatt sollen für Absturzsicherungen CHF 88'000 ausgegeben werden und für ein Staketengeländer CHF 45'000. Es handelt sich vorliegend um Bauten aus 60er (Gemeindehaus) und 80er Jahren (Bünzmatt). Und nun, im Jahr 2020, stellt man fest, dass die Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist und man dafür Hunderttausende von Franken ausgeben soll. Ich möchte vom Gemeinderat wissen, ob es diesbezüglich neue Sicherheitsnormen gibt, welche im Jahr 2021 ganz dringend umgesetzt werden müssen. Zudem möchte ich wissen, ob es eine Übergangsfrist gibt und was konkret der Auslöser dafür ist, dass so viel Geld investiert werden muss.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Thomas Geissmann hat es richtig erkannt. Es handelt sich um Sicherheitsbestimmungen, welche eingehalten werden müssen. Diese Sicherheitsnormen sind nicht ganz neu und kommen vom BFU. Im Gemeindehaus sind die Brüstungen in den oberen Stockwerken völlig ungenügend. Einerseits stimmt die Höhe nicht mehr mit den Sicherheitsbestimmungen überein und andererseits können Kinder da problemlos hinaufklettern. Im Gemeindehaus herrscht doch ein reger Publikumsverkehr und es gibt viele Familien mit Kindern, welche sich in diesen Bereichen aufhalten. Es ist in unserer Verantwortung, dass diese Sicherheitsbestimmungen eingehalten werden. Eine Aufschiebung ist nicht sinngebend und die Kosten werden immer gleich hoch sein. Der Gemeinderat möchte dies jetzt wirklich realisieren. Dasselbe gilt für das Schulhaus Bünzmatt. Beim Staketengeländer handelt es sich um eine spezielle Konstruktion, bei welchem es die Zwischenräume nicht zulassen, dass Kinder die Köpfe durchstrecken, bzw. durchfallen können. Es geht vorliegend um das Schulhaus Bünzmatt I, in welchem sich vorwiegend Kinder der Primarschule aufhalten. Gegenwärtig könnten Kinder durchs Geländer fallen. Aus diesem Grund möchte man das

Staketengeländer anschaffen. Dies kostet tatsächlich etwas mehr, aber für den Gemeinderat steht die Sicherheit der Kinder an erster Stelle. Die Sicherheitsnormen müssen unbedingt eingehalten werden. Ich habe festgestellt, dass die Sicherheit heute, ganz allgemein, in der Bevölkerung viel höher bewertet wird. Der Gemeinderat bittet darum, dass dies realisiert werden kann.

Seite 63, Konto 1.2201.3144.11 Heilpädagogische Schule, Unterhalt Hochbauten VV, a.o.

Geissmann André, SVP: Ich bin Mitglied der Liegenschaftskommission. Vorliegend ist ein Betrag von CHF 50'000 für den a.o. Unterhalt in der HPS im Schulhaus Junkholz eingestellt. Bei der Begehung wurde diese Ausgabe nicht genannt. Sie ist auch sonst nicht begründet.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Es geht vorliegend um einen Betrag von CHF 100'000, welcher auf Wunsch der Schule budgetiert wurde. Es geht um die HPS-Spezialfinanzierung und kostet die Gemeinde somit eigentlich nichts, denn es wird durch den Kanton finanziert. Die Gemeinde tätigt lediglich eine Vorfinanzierung. Es geht hier um eine ganz wichtige Sache. Bisher gab es hier eine Notlösung. Es geht um die bauliche Anpassung und Umnutzung eines Lagerraumes in der HPS zu einem zusätzlichen Schulzimmer. Die Erhöhung der Zahl von sechs Kindergartenschülern wurde seitens des Kantons für das Jahr 2021 bewilligt. Die Bewilligung des Kantons für die Umnutzung dauert etwas länger als geplant und wir haben derzeit noch keine Antwort erhalten, ob die Realisierung möglich ist. Versprochen war ein Entscheid per Ende September 2020. Trotzdem haben wir für die genannten Kindergartenschüler in der HPS eine Notlösung im Schulhaus Junkholz gefunden. Eine Kürzung von CHF 50'000 würde keinen Sinn ergeben. Wir benötigen für die Umnutzung mindestens CHF 100'000. Es handelt sich um eine Schätzung, da nur wenig Zeit verblieben ist. Der Gemeinderat empfiehlt die Ablehnung des Antrags, sollte André Geissmann diesen stellen. Auch wenn der gesamte Betrag gestrichen werden sollte, haben wir die Verpflichtung dies zu machen.

Geissmann André, SVP: Ich ziehe den Antrag zurück.

Seite 65, Konto 1.2302.4471.00 Turnhalle Hofmatten, Vergütung Dienstwohnungen VV

Geissmann André, SVP: Budgetiert ist auf diesem Konto ein Betrag von CHF 11'000 im Jahr für diese Wohnung. Diese Wohnung ist dermassen abweichend vom Marktwert von mindestens CHF 2'200.00, exkl. Nebenkosten, dass es sich um einen Lohnbestandteil handelt. Dies ist rechtswidrig. Mir ist nicht bekannt, was dieser Hauswart verdient. Die Wohnung hat zum Marktwert vermietet zu werden, auch dann, wenn es sich um eine Hauswartwohnung handelt. Damit einhergehend sind die Vertragsanpassungen und eine allfällige Lohnkorrektur vorzunehmen. Das Budget soll auf den Betrag von CHF 26'000 erhöht werden.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Der Antrag hat sich eigentlich bereits erledigt. Es geht vorliegend um die Hauswartwohnung bei der Hofmatten. Die Hauswartin ist in diesen Tagen am Ausziehen aus dieser Wohnung. Die Wohnung wird somit in Kürze leer stehen. Wir werden gar keinen Ertrag auf diesem Konto mehr ausweisen können. Auch nicht die für das Jahr 2021 budgetierten CHF 10'100. Es gibt Hauswartwohnungen im Schulhaus Bünz matt und eine im Schulhaus Junkholz. Letztere wird ebenfalls in Kürze verlassen. Allgemein haben wir festgestellt, dass die Hauswarte nicht mehr gerne in den Anlagen, in welchen sie arbeiten, auch wohnen. Wer mag dies erstaunen und es ist eigentlich nachvollziehbar. Aus diesem Grund haben wir alle drei angesprochenen Hauswartwohnungen, mit je CHF 250'000, in die Investitionsrechnung zur Umnutzung aufgenommen. In der Anlage Hofmatten wissen wir derzeit noch nicht, was wir mit der Wohnung machen werden, denn die Nachricht kam relativ überraschend. Zum Zeitpunkt der Budgetierung war dies noch nicht bekannt.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 1.2302.4471.00 sei auf CHF 26'000 zu erhöhen

wird mit 9 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 65, Konto 1.2302.3144.11 Turnhalle Hofmatten, Unterhalt Hochbauten VV, a.o.

Geissmann André, SVP: Ich habe festgestellt, dass dort die Türen und Duschen saniert werden sollen. Dies bevor man mit den Arbeiten zur neuen Dreifachturnhalle beginnt. Ich kann mir vorstellen, dass wenn man die Arbeiten gleichzeitig mit dem Bau der neuen Dreifachturnhalle ausführen würde, man aufgrund der Synergien Kosten sparen könnte. Man könnte dann auch die gleichen Duschen und Türen einbauen und hätte dann auch dieselbe Vertragsdauer, die gleichen Handwerker etc. Das Konto ist um den Betrag von CHF 200'000 zu kürzen.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Bei diesem Budgetposten geht es um insgesamt CHF 251'600. André Geissmann hat daraus die vorgesehenen vier neuen Innendoppeltüren von CHF 56'000 und die Duschen-sanierung von CHF 145'000, welche beide zwingend notwendig sind, in seinem Kürzungsantrag aufgeführt. Es handelt sich vorliegend wirklich um Unterhalt und Werterhalt, welche dringend erfolgen müssen. Es geht um die bestehende Dreifachturnhalle und nicht um die neue. Der Gemeinderat hat das Geschäft ganz bewusst von der Vorlage der neuen Dreifachturnhalle Hofmatten separiert. Denn man wollte nicht diese Sanierung und den damit verbundenen Werterhalt gefährden, falls der Verpflichtungskredit vom Volk abgelehnt worden wäre. Wäre dies Inhalt der Vorlage gewesen, dann wäre es nicht möglich gewesen, die Sanierungen an der alten Anlage zu machen. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen unbedingt, dem Antrag nicht stattzugeben.

Geissmann André, SVP: Ich ziehe den Antrag zurück.

Seite 62, Konto 1.2191.3170.03 Volksschule Examenessen

Geissmann André, SVP: Diese Position mit einem Betrag von CHF 22'000 ist zu streichen. Die Arbeit der Lehrer ist bemerkenswert und sei verdankt. Anlässlich der Finanzlage müssen aber diese Kosten überdenkt werden. Deshalb beantragt die SVP-Fraktion die vorläufige Streichung dieser Kosten.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich bitte Sie diesem Antrag nicht stattzugeben und der Streichung nicht zuzustimmen. Das Examenessen stellt einen festen Bestandteil der Wohler Schulkultur dar. Es geht hier um Wertschätzung. Es reicht nicht, wenn man die Arbeit der Lehrpersonen einfach als bemerkenswert bezeichnet. Manchmal braucht es einfach etwas mehr als schöne Worte.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 1.2191.3170.03 sei zu streichen

wird mit 8 Ja-Stimmen zu 29 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 61, Konto 1.2174.3144.11 Unterhalten Hochbauten Junkholz a.o.

Geissmann Thomas, FDP: Es geht einerseits um die Schaffung von Motorrad- und Veloabstellplätzen, mit einem Betrag von CHF 80'000, und andererseits um den Einbau einer Rasenfläche für einen Betrag von CHF 50'000. Insbesondere über die Schaffung von Motorrad- und Veloabstellplätzen wundere ich mich. Mir ist bekannt, dass es im Schulhaus Junkholz einen sehr grossen Velokeller gibt. Ich frage mich deshalb, ob dieser an seine Kapazitätsgrenzen gelangt ist oder möchten die Lehrer dort nicht parkieren. Gerne möchte ich den Grund für diese Ausgabe von CHF 80'000 wissen. Auch für den Einbau der Rasenfläche hätte ich gerne eine Begründung erhalten.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Bei der Schaffung von Motorrad- und Veloabstellplätzen geht es darum, dass man für die Lehrpersonen zu wenige Abstellplätze hat. Auf dem Parkplatz der Ostseite des Junkholz, dort wo sich auch der Autoabstellplatz befindet, hat es zu wenig Platz. Linksseitig würden die neuen Motorrad- und Veloabstellplätzen erstellt werden. Dieses Begehren wurde seitens Schule angebracht.

Der Einbau der Rasenfläche entfällt voraussichtlich, denn diese wäre statt der Tartanlaufbahn geplant gewesen. Diese Laufbahn wird ja entfernt. Neu soll dort eine Ruderalfläche/Ökowiege angelegt werden, wel-

che wesentlich weniger kostet als der Einbau einer Rasenfläche. Man könnte somit diese budgetierte Ausgabe um die Hälfte kürzen. Das wäre somit ein Betrag von CHF 25'000. Zu erwähnen ist jedoch, dass wir unabhängig vom budgetierten Betrag, ohnehin nur das ausgeben, was wir auch brauchen. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Budgets war dieser Umstand noch nicht bekannt. Der Gemeinderat empfiehlt aus diesem Grund die Kürzung um 50% bezüglich der Erstellung der Ruderalfläche. Den Betrag von CHF 25'000 benötigen wir allerdings, um den Ersatz der Tartanbahn vernünftig lösen zu können.

Geissmann Thomas, FDP: Ich stelle somit einen Kürzungsantrag zum genannten Konto im Umfang von CHF 105'000. Wie von Thomas Burkard gerade ausgeführt, ist der Betrag für die geplante Ruderalfläche von CHF 25'000 unbestritten. Der budgetierte Betrag von CHF 80'000 für die Schaffung von Motorrad- und Veloabstellplätzen erachte ich nicht als notwendig. Ich sehe nicht ein, weshalb jetzt plötzlich ein solcher Wunsch aufkommt. Ich habe nicht den Eindruck, dass viel mehr Lehrer in diesem Schulhaus arbeiten. Es handelt sich einfach wieder um einen zusätzlichen Wunsch. Es gibt vorliegend keine neuen Begebenheiten und aus diesem Grund sehen wir nicht ein, weshalb wir, angesichts unserer finanziellen Situation, diesen Betrag sprechen sollten.

Abstimmung

Dem Antrag

das Konto 1.2174.3144.11 sei um CHF 105'000 zu kürzen

wird mit 28 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen zugestimmt.
(2 Personen befinden sich nicht im Saal)

Seite 58, Konto 1.2170 Kindergarten-Gebäude

Lütolf Harry, CVP: Ich stelle keine Anträge, bitte jedoch um Auskünfte durch den Gemeinderat. Ich habe allgemeine Fragen zu den Kindergärten und eine spezifische zu einem Kindergarten.

Ich habe mir sagen lassen, dass sich die meisten durch uns angemieteten Kindergärten in einem desolaten Zustand befinden. Ich sehe im Budget einige Investitionen in die Hochbauten, welche meiner Meinung nach die desolante Lage der Kindergärten nicht ganz abzudecken vermögen. Diese Feedbacks habe ich von Eltern von Kindergartenschülern erhalten. Die Situationen sollen teilweise sehr prekär sein, mit Toiletten-Anlagen, welche nicht richtig funktionieren etc. Gerne möchte ich vom zuständigen Gemeinderat wissen, ob der eingestellte Betrag für die Sanierungen ausreicht oder müsste der budgetierte Betrag eigentlich höher sein. Weiter möchte ich wissen, wie es für die kommenden Jahre aussieht. Sollte der Gemeinderat hier allenfalls mit einem Bericht und Antrag an den Einwohnerrat gelangen, um das Thema global abzuhandeln.

Sie kennen den Kindergarten Wohlermatte und das damit verbundene leidige Thema. Der Einwohnerrat wurde hier genötigt, einen überrissenen Mietzins zu bezahlen, weil der Vermieter die Gemeinde Wohlen schachmatt gesetzt hat. Die Gemeinde Wohlen bezahlt für die Wohlermatten einen jährlichen Mietzins von CHF 56'600. Übrigens bezahlt die Gemeinde für alle Kindergärten zusammen fast ein Steuerprozent – man müsste sich hier einmal überlegen, ob dies nicht mit Eigentum zu lösen wäre. Das Mietverhältnis für den Kindergarten dauert noch bis zum Jahr 2028 an. Der Vermieter hat dem Gemeinderat eine Verlängerung des Vertrages, statt von fünf auf zehn Jahre, aufgedrückt. Sie wissen es, diese Prozesse bezüglich Bauplanung dauern alle lange. Es muss zwingend eine alternative Lösung zu dieser überrissenen Miete gefunden werden. Diese Liegenschaft muss man verlassen und es muss eine kostengünstigere Lösung gefunden werden. Vorzugsweise mit einer gemeindeeigenen Variante. Hinter dem Angliker Schulhaus verfügt die Gemeinde noch über Landreserven. Hier gehört das Thema 1. bis 4. Klasse Primarschule dazu, bei welcher es hiess, dass ein Teil doch in das Schulhaus Bünzmatt gehen soll. Dies obschon die Kinder zu klein dafür sind und der Schulweg zu lang ist. Gerne frage ich, ob man sich hier endlich einmal etwas erhoffen kann oder ob der Gemeinderat das Ganze weiter vor sich hin schieben will. Man kann nicht einfach in vier bis fünf Jahren kommen, dann ist der Zug nämlich abgefahren.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Ich danke für die Fragen. Es gibt mir die Gelegenheit, zur Kindergartenstrategie des Gemeinderates, kurz Stellung zu nehmen. Leider kann ich das Thema, aufgrund des Umfangs, nicht vollständig ausbreiten. Die Erarbeitung der Kindergartenstrategie hat angefangen und befindet sich im Gange. Im Finanzplan sehen Sie unter dem Konto 2170, dass ein Betrag von CHF 7 Mio. eingestellt

ist. Beginnend ab dem Jahr 2021 mit einem Betrag von CHF 150'000. Anschliessend sollen die Kindergärten, je nach Fortschritt des Projektes und nach der Prioritätenliste, saniert werden. Ich kann Harry Lütolf somit mitteilen, dass der Gemeinderat bezüglich den Kindergärten ein fundiertes Vorgehen hat. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass eine Immobilienstrategie für die Kindergärten vorhanden sein muss. Man kann nicht einfach irgendwo mit der Sanierung beginnen, sondern dies muss global angeschaut werden. Die Gemeinde Wohlen hat aktuell 17 Kindergärten an zwölf Standorten. Die Kindergärten befinden sich teils wirklich in einem maroden und schlechten Zustand. Dies, weil es einfach immer hinausgeschoben wurde. Es ist sehr dringlich, weist jedoch nicht dieselbe Dringlichkeit auf, wie die beiden Grossprojekte Hofmatten oder die Halde. Aus dem Terminplan des Finanzplans ist jedoch auch die Dringlichkeit bezüglich der Kindergärten herauslesbar.

Der Mietzins für den Kindergarten Wohlermatte ist tatsächlich sehr hoch. Meines Wissens sind wir dort vertraglich – ich glaube es sind neun Jahre – gebunden. Hier sind dem Gemeinderat die Hände gebunden.

Lütolf Harry, CVP: Es ist mir durchaus klar, dass die Gemeinde bezüglich des Mietverhältnisses für den Kindergarten Wohlermatte gebunden ist. Mir ist auch sehr genau bekannt, dass dieser im Jahr 2028 ausläuft. Das muss man einfach rechtzeitig anschauen und man darf die Frist auf keinen Fall verpassen. Wenn der Gemeinderat erst mit dem Budget 2027 daran denkt, dann ist es zu spät. Ich möchte den Gemeinderat ermahnen, dies wirklich in das Pflichtenheft aufzunehmen.

Weiter möchte ich wissen, weshalb beim Budgetpunkt 3144.11 trotzdem CHF 77'000 eingestellt sind, wenn der Gemeinderat doch beabsichtigt, alles global zu betrachten. Bei diesem Posten hat es Sachen drin, welche eigentlich auch in einer Gesamtbetrachtung zum Inhalt sein sollten. Ich frage mich, weshalb es nun nötig ist, für das Jahr 2021 einen Betrag von CHF 77'000 einzustellen, wenn doch das Thema in einer Gesamtbetrachtung angegangen werden soll.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Es geht vorliegend um den ausserordentlichen baulichen Unterhalt. Es sind verschiedene Kindergärten betroffen. Es gibt halt Sachen, bei welchen man nicht mehr warten kann und es für einige Jahre hinausschieben kann. Beispielsweise gibt es Kochherde, welche nicht mehr richtig funktionieren und somit eine Gefahr darstellen. Dies muss zwingend angegangen werden. Weiter gibt es diverse Aussengestaltungen, welche dringend saniert werden müssen. Zudem ist noch der Ein- und Ausstieg des Platzes beim Litzibuech dringend zu sanieren. Diese Massnahmen können nicht mehr aufgeschoben werden. Selbstverständlich ist das unschön, da gebe ich Harry Lütolf Recht. Aber wenn man alles immer wieder hinausschiebt, dann wird es nicht besser. Der Gemeinderat ist mit der Kindergartenstrategie noch nicht soweit, dass alles auf einmal gemacht werden könnte.

Harry Lütolf fragte noch nach einem Bericht und Antrag. Ja, dieser wird kommen. Der Gemeinderat muss diesen jedoch erst noch behandeln. Im Anschluss wird der Einwohnerrat die Möglichkeiten erhalten, dazu umfassend Stellung zu nehmen.

Seite 68, Konto 1.3420.3632.00 Beiträge an Gemeinden und Gemeindeverbände

Geissmann Thomas, FDP: Zu diesem Konto möchte ich eine kritische Frage anbringen. Es geht hier um Freizeitanlagen, für welche ein Betrag von CHF 20'000 eingestellt ist. Ich hätte es ja verstanden, wenn sich dieser Betrag auf der Einnahmenseite befunden hätte, da wir ja doch über ein Schwimmbad und eine Kunsteisbahn verfügen. Was ich weniger verstehe ist, dass sich dieser Betrag auf der Ausgabenseite befindet.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Es geht vorliegend tatsächlich um eine Freizeitanlage und zwar den sanierten Maiengrün Aussichtsturm. Die Gemeinde Hägglingen stellte eine Anfrage bezüglich einem Unterstützungsbeitrag. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass wenn man sich an dieser Sanierung beteiligt, dann im gleichen Rahmen, wie sich die Gemeinde Hägglingen an der Eishalle beteiligt hat. Respektive man hat hier die gleichen Verhältnisse in Bezug auf die Einwohnerzahl und die Gesamtkosten hergestellt. Der Betrag von CHF 20'000 ist der Beitrag der Gemeinde Wohlen an diese, für unsere Region wichtige, Freizeitattraktion. Somit handelt es sich auch um eine einmalige Ausgabe, welche im nächsten Budget nicht mehr enthalten sein wird.

Der Maiengrün ist fast fertig saniert. Allerdings wurde der Antrag der Gemeinde Hägglingen erst nach der letztjährigen Budgetberatung der Gemeinde Wohlen gestellt und aus diesem Grund ist der Betrag erst im Budget 2021 enthalten. Wir bitten Sie, dem eingestellten Betrag zuzustimmen, im Sinn der regionalen Erfüllung der Aufgaben und natürlich auch im Sinn der Solidarität unter den Gemeinden.

Geissmann Thomas, FDP: Ich habe eine Anschlussfrage und zwar möchte ich wissen, was die gesamte Sanierung des Maiengrün Aussichtsturmes gekostet hat. Ich denke, das ist die wesentliche Frage. Unser Beitrag im Verhältnis zu den Gesamtkosten.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Die Sanierungskosten belaufen sich um ca. CHF 800'000. Die genauen Kosten sind mir nicht bekannt. Der Betrag von CHF 20'000 wurde anhand der prognostizierten Kosten der Sanierung des Aussichtsturm berechnet, dies im Verhältnis zum Beitrag der Gemeinde Häggingen zu den Kosten der Eishalle.

Seite 71, Konto 1.5790 Fürsorge, übriges

Dietrich-Meyer Stefanie, CVP: Leider wurde unsere vorhin gestellte Motion nicht überwiesen. Gerne setzen wir jedoch den Vorschlag des Gemeinderates um und stellen einen Antrag um Einstellung eines Betrags von CHF 10'000 für die Hilfe im Flüchtlingslager Moria in Griechenland. So könnten wir den Menschen im Flüchtlingslager Moria trotzdem schnell etwas Hilfe leisten. In den vergangenen Jahren wurden schon öfters Zahlungen an Hilfsorganisationen im Ausland geleistet. Meistens bewegte sich der Betrag bei CHF 10'000. Aus diesem Grund möchten wir auch einen Betrag von CHF 10'000 für die Hilfe in Moria einsetzen.

Abstimmung

Der Antrag

Es sei ein Konto (5790) zu erstellen für die Hilfe im Flüchtlingslager Moria in Griechenland und es sei ein Betrag von CHF 10'000 einzusetzen.

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 70, Konto 1.5430.4260.00 Rückerstattung von Alimentenpflichtigen

Lütolf Harry, CVP: Der Gemeinderat muss sich meist viel Kritik bei den Budgetdebatten anhören. Gerne möchte ich einmal ein lobendes Wort platzieren und zwar zur Alimentenbevorschussung und zur materiellen Hilfe. Unter diesen Positionen geben wir über 20 Steuerprozent aus. Hier ist von mir immer noch eine Anfrage pendent, weil die Gemeinde Wohlen im Vergleich mit anderen Gemeinde schlecht unterwegs ist. Der Gemeinderat scheint in Bezug auf die Alimentenbevorschussung gewillt zu sein etwas zu unternehmen und hat einen höheren Betrag eingestellt als beim letzten Budget. Dasselbe bei der materiellen Hilfe bei Schweizern. Bei der materiellen Hilfe bei Ausländern wurde hingegen ein geringerer Betrag eingesetzt. Hier möchte ich wissen, was der Grund dafür ist. Anstrengungen zu unternehmen, bei einer Position, welche über 20 Steuerprozent ausmacht, lohnen sich meines Erachtens.

Hoffmann Magnus, Leiter Soziale Dienste: Bei der Alimentenbevorschussung gehen wir davon aus, dass wir etwas mehr Geld einnehmen können, als budgetiert. Bei der Rückerstattung der Sozialhilfe oder der materiellen Hilfe handelt es sich um einen grösseren Posten, welche sehr schwer abzuschätzen ist. Aufgrund der gemachten Erfahrungen ist es schwierig, Geld zurück zu holen. Das Ganze ist ein „Kaffeersatzlesen“. Wir werden uns bemühen, möglichst viel Geld einzunehmen, aber wir gehen – aufgrund von Erfahrungswerten – davon aus, dass nicht viel möglich sein wird.

Seite 72, Konto 1.6150.3132.00 Gemeindestrassen, Honorare externe Berater

Meier Daniel, SVP: Wir stellen einen Kürzungsantrag bei diesem Konto von CHF 30'000.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich bitte Sie diesem Antrag nicht stattzugeben. In diesem Budgetkredit sind zum Beispiel Umbauten von Bushaltestellen gemäss Behindertengesetzgebung enthalten. Hier sind wir dazu verpflichtet, diese bis zum Jahr 2023 umzusetzen. Es sind weiter noch Planeraufwendungen für weitere Tempo-30-Zonen enthalten. Vor allem sind jedoch viele Baustellen auf Gemeindestrassen, beispielsweise der Grenzweg, Ringstrasse und Industriestrasse bei welchen die Planungen vorangetrieben werden müssen. Dort besteht Handlungsbedarf und die betreffende Budgetposition ist dafür gedacht, dass konkrete Projekte ausgearbeitet und die Probleme an diesen Stellen behoben werden können. Es

handelt sich um Schätzungen und wir wissen nicht was noch dazu kommt. Wir brauchen jedoch den Handlungsspielraum, um nötigenfalls die Planer aufbieten zu können. Bitte stimmen Sie dem Antrag nicht zu.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 1.6150.3132.00 sei um CHF 30'000 zu kürzen

wird mit 16 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 72, Konto 1.6150.3141.01 Gemeindestrassen, Unterhalt Strassen

Meier Daniel, SVP: Der Antrag lautet Kürzung um CHF 50'000 auf CHF 270'000.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich bitte Sie auch hier, dem Antrag nicht stattzugeben. Der Unterhalt der Strassen und der Infrastruktur ist etwas ganz Wesentliches. Wenn man diese Arbeiten nicht mehr macht, dann gibt es die grossen Schäden, welche insbesondere bei Strassen noch viel mehr kosten. Das Geld ist hier gut investiert. In der Vergangenheit wurde verschiedentlich der Fehler gemacht, dass Strassen zu spät saniert wurden. Dies betrifft nicht nur Gemeindestrassen, sondern auch Kantonsstrassen, bei welchen mit einem viel kleineren finanziellen Aufwand grössere Schäden hätten verhindert werden können. Bei dieser Position ist einerseits der allgemeine Unterhalt enthalten. Dies wird auch bei Bauvorhaben von Dritten benötigt. Zum Beispiel bei grösseren Bauprojekt, bei welchen es noch Anpassungen bei den Werkleitungen benötigt oder wenn die IB Wohlen AG eine Instandstellung macht und eine Anpassung erforderlich macht. Weiter ist ein Betrag von CHF 35'000 für die Anpassung der Brückengeländer an die Normvorgaben darin enthalten. Ich bitte Sie kürzen nichts an diesem Konto. Das wäre ein Eigengoal.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 1.6150.3141.01 sei um CHF 50'000 zu kürzen.

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 72, Konto 1.6150.3141.03 Gemeindestrassen, Unterhalt Schneeräumungen

Meier Daniel, SVP: Ich stelle den Antrag um Kürzung von CHF 15'000 auf CHF 15'000 wie bisher. Ich sehe nicht, dass es diesen Winter mehr schneien sollte, aus diesem Grund soll der Betrag nicht verdoppelt werden.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Bitte stimmen Sie dem Antrag nicht zu. Gerne erkläre ich den Hintergrund. Die Gemeinde Wohlen verfügt über ein Winterdienstkonzept. Darin ist festgelegt, welche Strasse, welche Bedeutung für die Schneeräumung hat, wie sich die Abläufe zeigen und wie die Aufgebote ablaufen. Die Gemeinde Wohlen räumt auch nicht alle Strassen selber, sondern arbeitet mit externen Partnern zusammen. Wenn es schneit, wollen ja alle, dass ihre Strasse gleich sofort geräumt wird. Dies ist gar nicht möglich ohne Hilfe. Die verschiedenen Partner haben laufende Verträge mit der Gemeinde Wohlen. Diese Verträge wurden dahingehend angepasst, dass sie einerseits dem kantonalen Tarif und andererseits, den gängigen Pikettenschädigungen entsprechen. Dies ist auch das, was wir unseren Mitarbeitenden entrichten. Das alte Winterdienstkonzept war 26-jährig und beinhaltete noch Ansätze, welche längst nicht mehr richtig waren. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde ihren Partnern ganz andere Ansätze bezahlt. Ich bitte Sie deshalb den Betrag nicht zu kürzen. Die Verwendung dieses Budgetbetrags ist jedoch davon abhängig, wie viel es im Winter schneit. Wenn es weniger schneit, dann kostet es auch weniger Geld.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 1.6150.3141.03 sei um CHF 15'000 zu kürzen

wird mit 7 Ja-Stimmen zu 30 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 72, Konto 1.6150.3910.04 Gemeindestrassen, interne Verrechnung Werkhof

Meier Daniel, SVP: Ich beantrage eine Kürzung um CHF 29'000 auf den bisherigen Betrag von CHF 451'000.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich bitte Sie, auch diesem Antrag nicht zuzustimmen. Es handelt sich vorliegend um eine interne Verrechnung, bei welcher die Dienstleistungen die der Werkhof auf den Gemeindestrassen erbringt intern verrechnet werden. Bei den Arbeiten kann es sich beispielsweise um eine Belagssanierung handeln. Wenn Sie vorliegend die Aufwandseite verändern, dann ändert sich in der Folge auch die Ertragsseite auf dem anderen Konto. In der Rechnung selber wird es schlussendlich keine Veränderungen geben.

Meier Daniel, SVP: Ich halte an meinem Antrag fest.

Hoffmann Thomas, FDP: Ich bitte Daniel Meier den Antrag zurückzuziehen. Es bringt tatsächlich nichts. Wenn die Ausgabe gekürzt wird, dann wird auf dem anderen Konto gleichzeitig die Einnahme gekürzt. Diese beiden Konten hängen zusammen, es ist eine interne Verrechnung.

Meier Daniel, SVP: zieht den Antrag zurück.

Seite 77, Konto 1.8400.3636.00 Beitrag an Aargau Tourismus; Erlebnis Freiamt

Hüsser Max, SVP: Es handelt sich vorliegend um einen eher geringeren Betrag, dennoch möchte ich hier einen Antrag stellen. Dieses Konto stand im vergangenen Jahr bereits zur Debatte. Vorliegend ist ein Beitrag von CHF 0.25 pro Einwohner an Erlebnis Freiamt, in einem Gesamtbetrag von CHF 4'300.00, vorgehen. Ich beantrage, dass dieser ersatzlos gestrichen wird.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Bei Erlebnis Freiamt handelt es sich um eine Tourismus-Organisation der Regionalplanungsverbände Unteres Bünztal, Oberes Freiamt sowie Mutschellen-Reusstal-Kelleramt. Sämtliche Gemeinden beteiligen sich mit diesem Beitrag an den Aktivitäten dieser Organisation. Erlebnis Freiamt ist als Verein organisiert. Organisiert werden beispielsweise verschiedene Wanderungen quer durch das Freiamt. Der bekannteste ist zum Beispiel der Freiamterweg. Diese Wanderwege wurden von Erlebnis Freiamt initiiert. Auf ihrer Webseite können Sie sehen, was sie alles für Tätigkeiten machen. Für die Regionalplanungsverbände handelt es sich um eine sehr wichtige Organisation, weil sie genau den Bereich des Tourismus abdecken. Der Gemeinderat erachtet den Beitrag von CHF 0.25 pro Einwohner als gerechtfertigt für diese sehr umfangreichen Tätigkeiten. Für die Gesamtregion wäre es ein schlechtes Zeichen, wenn die Zentrumsgemeinde Wohlen, als grösste Gemeinde von allen, sagen würde, dass diese Organisation nicht mehr wichtig ist. Idealerweise würde der Antrag zurückgezogen werden. Ist dies nicht der Fall, bitte ich Sie um Ablehnung dieses Antrags.

Hüsser Max, SVP: Ich ziehe den Antrag zurück.

Seite 79, Konto 1.9901.3910.02 Interne Verrechnung Soziallasten

Hüsser Max, SVP: Es geht hier um die interne Verrechnung der Soziallasten. Gerne möchte ich wissen, weshalb dieser Betrag nicht gleich hoch ist wie im letzten Jahr. Konkret ist dieser um CHF 13'700.00 angestiegen. Dieser Betrag sollte meiner Meinung nach gleich bleiben. Ich bitte um die Stellungnahme des Gemeinderates.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Wie es der Titel des Kontos sagt, handelt es sich vorliegend ebenfalls um eine interne Verrechnung. In der Rechnung 2019 sehen Sie, dass man sich leicht über dem Budget

befindet. Die Soziallasten stehen im Zusammenhang mit der Alters- und Lohnstruktur der Mitarbeitenden. Es spielt grundsätzlich keine Rolle, denn der Betrag kommt auf der Ertragsseite, unter dem Konto 1.9905.4910.02 – interne Verrechnung Anteil Soziallasten, wieder hinein. Es handelt sich um dieselbe Thematik, welche Thomas Hoffmann vorgängig – und offenbar treffender als ich – bereits ausgeführt hat.

Hüsser Max, SVP: Ich ziehe den Antrag zurück.

Seite 79, Konto 1.9901.3111.00 Anschaffung Maschinen, Geräte, Fahrzeuge

Hüsser Max, SVP: Hier ist der Ersatz der Salzstreumaschine vorgesehen. Ich stelle den Antrag, dass diese Ausgabe um ein Jahr verschoben wird. Es würde sich um eine Sparmöglichkeit handeln. Heute Abend wurde ja bislang noch nicht viel gespart.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Wir konnten tatsächlich und richtigerweise noch nicht sehr viel einsparen. Das zeigt, wie seriös der Gemeinderat das Budget vorbereitet hat. Die Salzstreumaschine ist bereits 25-jährig. Sie entspricht nicht mehr dem heutigen Stand der Technik und befindet sich in einem schlechten Zustand. Vor allem aber entspricht die Maschine nicht mehr den Vorschriften, weil er nicht abhängig vom Weg streut. Es ist ein einfaches System: Wenn man nicht fährt, dann streut es nicht und wenn man fährt, dann streut es. Wenn man damit langsam fährt, streut es wenig und wenn man schnell fährt mehr. Dies ist nicht mehr unbedingt zielführend. Um das Salz korrekt einzusetzen, gibt es heute viel bessere Maschinen und Technik. So kann auch der Salzverbrauch besser gesteuert werden. Es handelt sich somit um eine absolut notwendige Ausgabe, welche auch getätigt werden darf nach 25 Jahren. Ich bitte Sie, sofern Max Hüsser den Antrag stellt, diesem nicht zuzustimmen.

Hüsser Max, SVP: Ich bin etwas zwiesgespalten, da ich heute noch einen Antrag stellen möchte. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 1.9901.3111.00 sei um CHF 17'000 zu kürzen und der Ersatz der Salzstreumaschine sei um mindestens ein Jahr aufzuschieben

wird mit 14 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 79, Konto 1.9610.4451.00 Beteiligungen IB Wohlen AG

Geissmann Thomas, FDP: Ich habe mir zwar geschworen, in meiner überblickbaren politischen Karriere, zu diesem Thema nichts mehr zu sagen. In den vergangenen Jahren habe ich mich auf dieses Thema etwas eingeschossen und habe dann aufgehört, da es offenbar nichts brachte. Gerne möchte ich heute die Frage etwas anders stellen. In der Zwischenzeit gibt es eine Eigentümerstrategie für die IB Wohlen AG und darin ist genau festgehalten, wie die Dividende festgelegt wird. Die Dividende richtet sich nach einer festen Verzinsung des Aktienkapitals – weshalb auch immer. CHF 8 Mio. von 9% und einem Anteil von 50% am Konzernergebnis über CHF 1.2 Mio. Wenn ich nun auf das angenommene Konzernergebnis der IB Wohlen AG vom Jahr 2020 zurückrechne, komme ich auf einen Betrag von CHF 328'000. Das bedeutet, dass die IB Wohlen AG dieses Jahr einen Gewinn von CHF 328'000 erzielen wird. In den Vorjahren befand sich dies immer im Bereich von CHF 1.5 Mio. und CHF 2.0 Mio. und nun plötzlich ist es ein erwirtschafteter Gewinn von CHF 328'000. Ich weiss, dass die Corona-Pandemie für alles Schuld ist. Nur sehe ich nicht ein, weshalb der Strom- und Gasverbrauch so zusammengebrochen sein soll. Ich möchte gerne wissen, weshalb die IB Wohlen AG im Jahr 2020 ein so unterdurchschnittliches Ergebnis erreichen wird.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Offenbar gibt es eine Unklarheit bei der Berechnung. Wir haben es nochmals nachkontrolliert. Der im Budget aufgeführte Betrag ist jeweils immer gemäss Businessplan. Der aktuelle Businessplan sagt aus, dass das Konzernergebnis 2020 bei einem Betrag von CHF 1.528 Mio. liegt. Im Jahr 2019 waren es CHF 1.656 Mio. und im Jahr 2018 CHF 1.165 Mio. Das Ergebnis im Jahr 2020 ist somit nicht schlechter, als diejenigen in den vergangenen Jahren. Wie die Zahlen im Budget gerechnet wurden ist mir leider nicht ganz klar, aber das Ergebnis wird nicht schlechter. Im Jahr 2019 haben wir –

entgegen der Eigentümerstrategie – eine grössere Dividende bezogen. Hätte man das nach Eigentümerstrategie gerechnet wäre es eine Dividende von CHF 720'000 gewesen. Bezogen wurde jedoch eine Dividende von CHF 1 Mio. Die vorliegende Zahl basiert auf dem Businessplan der IB Wohlen AG.

Geissmann Thomas, FDP: Wenn das Ergebnis nicht schlechter ausfallen wird, wie in den Vorjahren, dann frage ich mich, weshalb wir nur noch eine Dividende von CHF 884'000 beziehen. Irgendetwas kann ja vorliegend nicht stimmen. In den Vorjahren hat man CHF 1.2 Mio., einmal CHF 1.1 Mio. und wenn es schlecht gelaufen ist nur CHF 1 Mio. Dividende bezogen. Dieses Jahr soll es lediglich noch ein Betrag von CHF 884'000 sein. Wie kommt der Gemeinderat dazu, dass er nur noch einen Betrag von CHF 884'000 budgetiert?

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Im vergangenen Jahr hätte man, wenn man es nach der Kalkulation gemäss der Eigentümerstrategie rechnet, eigentlich nur eine Dividende von CHF 720'000 erhalten. Wir haben mehr bezogen, weil wir im Budget ein Betrag von CHF 1.2 Mio. hatten. Aufgrund der Wettersituation handelte es sich für die IB Wohlen AG um ein schlechtes Geschäftsjahr. Bereits ein Jahr vorher hat die Gemeinde eine höhere Sonderdividende bezogen, als dass es eigentlich gemäss Eigentümerstrategie angedacht gewesen wäre. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass wenn man bei den eigenen Firmen zu viel Geld bezieht, die eigene Liquidität gefährdet und die Eigenfinanzierung schmälert. Das kann nicht das Ziel von uns als Eigentümerin sein. Wir erachten es also zum heutigen Zeitpunkt als richtig, aufgrund vom seriös erstellten Businessplan, eine Dividende von CHF 884'000 zu budgetieren. Schlussendlich ist für uns jedoch nicht der Businessplan massgebend, sondern der tatsächliche Jahresabschluss der IB Wohlen AG. Das wurde in den vergangenen Jahren so gemacht und der Gemeinderat erachtet diesen Weg als den richtigen. Das Ergebnis der IB Wohlen AG ist vom Faktor Wetter abhängig. Je mehr Heiztaggrade es gibt, umso grösser zeigen sich in der Folge die Erträge. Am Strombusiness verdient man tatsächlich nicht mehr allzu viel. Es sind somit einige äussere Einflüsse, welche eine Rolle spielen.

Geissmann Thomas, FDP: Wir haben nun eine Eigentümerstrategie, in welcher die Berechnung der Dividende enthalten ist. Leider komme ich nach dieser Berechnung nicht auf diese Zahlen. 9% von CHF 8 Mio. ergibt einen Betrag von CHF 720'000, das wäre der Sockelbeitrag, plus die Hälfte des Gewinns. Ich stelle einfach fest, dass in den Vorjahren immer ein Betrag über CHF 1 Mio. Dividende bezogen wurde und diese nun auf CHF 884'000 gesenkt wurde. Obwohl die IB Wohlen AG ähnlich Geld verdient hat wie in den Vorjahren. Der Einwohnerrat soll entscheiden, ob das richtig ist.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Die Eigentümerstrategie besagt, dass 9% auf das Aktienkapital ist. Von diesen CHF 8 Mio. wären das CHF 720'000. Hinzu kommt die Hälfte des Gewinns von über CHF 1.2 Mio. Der prognostizierte Betrag von CHF 1.52 Mio. ist vorliegend nicht berücksichtigt, aus diesem Grund erreichen wir diesen Betrag in der Ausschüttung.

Lütolf Harry, CVP: Vorliegend wurde kein Antrag gestellt. Ich würde auch nicht beliebt machen, an den Zahlen etwas zu verändern. Unsere IB Wohlen AG ist unsere „Milchkuh“. Darauf können wir stolz sein und diese dürfen wir auch nicht verhökern. Diese Unternehmung bleibt bei uns und liefert uns immer Ertrag. Der Vergleich mit dem Kanton zeigt sich auch noch spannend. Die Aargauische Kantonalbank liefert dem Kanton in etwa die Hälfte des Ertrags ab. Der Gemeindeammann erwähnte vorhin einen prognostizierten Betrag von CHF 1.52 Mio. Im Budget sind 884'000. Das ist somit über der Hälfte. Ich bin der Meinung, dass das Vorgehen des Kantons sehr gut ist. Die Gemeinde Wohlen schöpft sogar noch mehr ab, als dass es der Kanton bei seiner staatseigenen Kantonalbank macht. Ich würde sagen wir befinden uns in einem guten Range. Aus diesem Grund sollten wir nicht allzu kritisch sein.

Nicoll Jonathan, SVP: Eine IB Wohlen AG als industrieller Betrieb ist überhaupt nicht vergleichbar mit einer Bank. Eine Bank verdient Geld, wenn es schlecht läuft und wenn es gut läuft. Eine Bank generiert zudem auch Kommissionsgeschäfte. Wer über dieses Geschäft nähere Informationen möchte, der darf gerne auf mich zukommen. Das Fazit ist jedoch klar, wenn ich dem Gemeinderat zuhöre, dann müsste man nicht die Diskussion über die Zahlen führen, sondern dahingehend, ob diese Eigentümerstrategie für die Zukunft noch konform ist.

Seite 81, Konto 4.40 Fiskalertrag

Keller Samuel, FDP: Ich habe nochmals eine Frage an Ariane Gregor. Bereits im vergangenen Jahr habe ich dieselbe Frage als letzte gestellt. Im Budget 2021 ist ein Ertrag von knapp CHF 80 Mio. aufgeführt, respektive ein Fiskalertrag von CHF 41.69 Mio. Das Budget wurde vor 50 Tagen der FGPK zur Prüfung vorgelegt. Ich gehen davon aus, dass das zu diesem Zeitpunkt die aktuellen und gültigen Zahlen gewesen

sind. Ich möchte wissen, wie es jetzt 50 Tage später effektiv aussieht. Kann eine Aussage gemacht werden, ob der Betrag von CHF 80 Mio. erreicht werden wird oder ob es sogar höher sein wird.

Gregor Ariane, CVP: Ich möchte diese Frage gerne an die anwesenden Fachleute weitergeben. Mir liegen derzeit keine Unterlagen vor.

Keller Samuel, FDP: Letztes Jahr habe ich bereits dieselbe Frage gestellt und habe gehofft, dass der Gemeinderat heute vorbereitet darauf ist. Bei der Präsentation des Budgets von Ariane Gregor habe ich mit Schrecken festgestellt, dass keine Korrektur angegeben wurde. Ich hoffe, dass Ariane Gregor im nächsten Jahr mehr Auskunft dazu geben kann und die neusten Zahlen aufzeigen wird.

Laube Thomas, Bereichsleiter Finanzen und Ressourcen: Zum budgetierten Ertrag von beinahe CHF 80 Mio. kann ich insbesondere zum Teil des Fiskalertrages Auskunft erteilen. Die Steuern werden monatlich verarbeitet. Gerade heute konnte der Monat September abgeschlossen werden. Dies zeigt ein ganz interessantes Bild. Wir sind im Jahr 2020 ziemlich genau auf dem Budgetkurs. Wir können zum heutigen Zeitpunkt eine leichte Prognose auf den Steuerertrag per Ende Jahr wagen. Wir können sagen, dass die 100% voraussichtlich erreicht und allenfalls sogar noch etwas übertroffen werden. Ein besonderer Lichtblick gibt uns eigentlich das laufende Jahr. Die negative Beeinflussung der provisorischen Steuerrechnungen 2020, aufgrund der Corona-Pandemie, ist ausgeblieben. Die Anzahl der Personen, welche eine Reduktion der Steuerrechnungen verlangen ist relativ bescheiden. Im Gegenteile wurde für das laufende Jahr 2020 sogar eine relativ starke Zunahme von 3.4% auf den Anfangsbestand von CHF 31 Mio. registriert. Das ist auch der Erfahrungswert der Vorjahre. Zu erwähnen ist der positive Verlauf aus den Grundstückgewinnsteuern. Dies ist jedoch systembedingt, weil seit Januar dieses Jahres der Kanton Aargau das gesetzliche Grundpfandrecht eingeführt hat. Dabei handelt es sich um eine Art Sicherungssteuer. Das hat dazu geführt, dass es eine System-Kumulation gibt. Die Erträge der Verkäufe aus dem Jahr 2020 haben wir um Monate eher, als dass man die alten Steuern veranlagt hat. Wir rechnen mit einem Mehrertrag von CHF 1 Mio. nur aus den Grundstückgewinnsteuern. Bei den Quellensteuern kann noch keine Prognose gemacht werden, weil das letzte Quartal massgebend sein wird. Bei den Erträgen aus den juristischen Personen wurde diesen Monat ein ganz leichter Rückgang verzeichnet. Hier wissen wir noch nicht, ob das Budget erfüllt werden kann. Über alle Positionen hinweg sieht es jedoch positiv aus. Das ist ein Vorteil, der eher schlechten Struktur der Steuerzahler. Denn wenn es eine Krise gibt, dann geschieht diesen Personen eigentlich weniger, als wenn es eine bessere Struktur gibt. In den grossen Gemeinden sind vor allem die Erträge der juristischen Personen und die Mittelschicht zusammengebrochen. Aus diesem Grund spüren diese das sehr stark und haben zum Teil sogar rote Budgets vorgelegt. Es handelt sich nur um einen kleinen Trost, aber es ist immerhin einer. Konnte ich die Frage von Herrn Keller damit beantworten?

Keller Samuel, FDP: Ich danke für die für mich zu komplexen Ausführungen. Ich kann zusammenfassen, dass die Corona-Pandemie dieses Jahr nicht so viel ausmacht. In den letzten Jahren habe ich stark beobachtet, dass wir das Budget nicht eingehalten haben. Es wurde oftmals CHF 2 Mio., CHF 4 Mio. oder sogar CHF 6 Mio. mehr eingenommen. Ich frage, ob wir auch dieses Jahr wieder so eine Zahl haben werden.

Laube Thomas, Bereichsleiter Finanzen und Ressourcen: Das wüsste ich natürlich auch gerne. Aber wissen Sie, das Budget ist eine Planung auf das Folgejahr.

Keller Samuel, FDP: Ich spreche vom Jahr 2020 und nicht vom Jahr 2021. Wenn ich weiss, wie das Jahr 2020 kommt, dann kann man auch sagen wie es in etwa mit dem Jahr 2021 aussieht.

Laube Thomas, Bereichsleiter Finanzen und Ressourcen: Auch dies wissen wir auch drei Monate vor Jahresende noch nicht.

Keller Samuel, FDP: Dann warte ich gerne auf die Zahlen, wenn sie dann niedergeschrieben sind.

Investitionsrechnung

Seite 93, Konto 1.2302.5040.00 Berufsschul-Turnhalle Hofmatten

Strasser Denise, FDP: Ich beziehe mich nochmals auf die geplanten Umnutzungen der Hauswartwohnungen. Es hat uns erstaunt, dass gleich drei Wohnungen für je einen Betrag von CHF 200'000 umgenutzt werden sollen. In der Erfolgsrechnung ist sowohl die Dienstwohnung im Junkholz noch mit einem Betrag

erfasst, wie auch die Vergütung der Dienstwohnung Hofmatten. Wir möchten wissen, ob diese drei Umnutzungen auch wirklich machbar sind im Jahr 2021 und ob es auch wirklich notwendig ist. Es handelt sich ja um einen sehr hohen Betrag. Beim Schulhaus Junkholz weiss man ja ohnehin nicht wie es weitergeht und da möchten wir wissen, ob eine Umnutzung Sinn ergibt, wenn das Schulhaus vielleicht in Kürze abgerissen wird. Sind überhaupt die personellen Ressourcen vorhanden für diese Ausführungen dieser Arbeiten. Schade finden wir es zudem, dass die Kosten für die Umnutzung der Hofmatten nicht im Baukredit enthalten sind.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Gerne gebe ich zu diesem Thema nochmals Antwort. Es ist tatsächlich so, dass wir alle drei Umnutzungen in die Investitionsrechnung aufgenommen haben. Der Grund dafür ist, dass wir den Fahrplan noch nicht genau kennen. Wir wollten jedoch alle drei budgetieren, um die Möglichkeit offen zu halten. In der Hofmatten handelt es sich um einen Zufall, dass die Hauswartin zum jetzigen Zeitpunkt – mit der Bewilligung der 3-fach-Turnhalle – auszieht. Das konnte somit nicht vorgesehen werden und aus diesem Grund konnte dies auch nicht in den Baukredit aufgenommen werden. Diese Planung läuft bereits seit bald zwei Jahren. Der Planungsstand dieser zwei Projekte ist nicht deckungsgleich. Es macht somit Sinn, dass diese Umnutzung in der Investitionsrechnung aufgenommen wurde. Generell ist zu allen drei Projekten zu sagen, dass es nicht zwingend ist, dass der Gesamtbetrag von je CHF 250'000 ausgeschöpft wird. Ich gehe davon aus, dass dies weniger sein wird. Beim Schulhaus Bünz matt sind wir von der Planung her am weitesten. Diese Umnutzung soll möglich rasch erfolgen. Hier zeichnet es sich ab, dass nicht der volle Betrag von CHF 250'000 zu Verwendung gelangen wird. Vorgesehen sind die Räumlichkeiten für die Tagesstrukturen. Es hat sich gezeigt, dass dies sehr viel Sinn gibt. Die Wohnung wird nicht mehr gebraucht und bei den Tagesstrukturen werden beispielsweise auch verschiedene Zimmer und eine Küche benötigt. Einige Sanierungsarbeiten, wie der Ersatz des Teppichs, wird es natürlich geben. Im Gegenzug kann zudem ein Schulzimmer frei gemacht werden, welches derzeit durch die Tagesstrukturen belegt ist. Dies bringt den grossen Vorteil, dass für eine Abteilung im Schulhaus Bünz matt ein weiteres Schulzimmer zur Verfügung steht. Beim Schulhaus Junkholz wird der Hauswart ebenfalls in der nächsten Zeit einmal ausziehen. Dies ist auch erst seit kurzem bekannt. Auch hier macht eine Umnutzung Sinn. Die Höhe der Beträge ist noch nicht fix. Es ist jedoch nicht ganz sicher, dass alle drei Projekte bereits im Jahr 2021 ausgeführt werden.

Genehmigung des Budget 2021 der Einwohnergemeinde Wohlen AG mit einem Steuerfuss von 113%.

Abstimmung

Das Budgets 2021 der Einwohnergemeinde Wohlen AG mit einem Steuerfuss von 113%

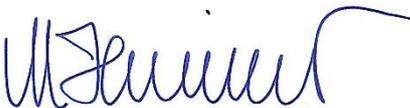
wird mit 35 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Meyer Meinrad, Präsident: Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 9. November 2020 statt, Sitzungsbeginn ist um 19.00 Uhr. Die Zustellung der Traktandenliste erfolgt fristgerecht.

Ich danke allen für die konstruktive Mitarbeit und erkläre die Sitzung für geschlossen.

Für das Protokoll


Meinrad Meyer
Präsident


Michelle Hunziker
Gemeindeschreiber-Stv.